

W o r t e

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 36.

Berlin, den 5. September 1909.

13. Jahrg.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1908.

I.

Die wirtschaftliche Depression, die den Tiefstand früherer wirtschaftlich ungünstiger Konjunktoren weit übertraf, hat im Jahre 1908 für die gewerkschaftlichen Organisationen schwere Opfer erfordert. Nicht nur ein Verlust an Mitgliedern ist eingetreten, sondern auch ungeheure finanzielle Anforderungen wurden an die Organisationen gestellt, um die Not der Mitglieder wenigstens in etwas zu lindern. Die Bestrebungen, die in Gewerkschaftskreisen bezüglich des Mitgliederverlustes auszuweichen, sind glücklicherweise nicht erfüllt.

Betrachten wir die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen seit dem Jahre 1891, so will der Verlust von 33 775 Mitgliedern im Jahre 1908 nicht viel besagen. Der Mitgliederbestand war in den einzelnen Jahren:

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüb. d. Vorjahre ab, o. ut	in pCt.
1891	277 659	—	—
1892	237 049	—	—
1893	223 530	—	—
1894	246 494	22 964	10,2
1895	259 175	12 681	5,2
1896	329 230	70 055	27,0
1897	412 359	83 129	25,2
1898	493 742	81 383	19,7
1899	580 473	86 731	17,5
1900	680 427	99 954	17,2
1901	677 510	—	—
1902	733 206	55 696	8,2
1903	837 698	104 492	14,2
1904	1 052 108	214 410	25,6
1905	1 344 803	292 695	21,8
1906	1 689 709	344 906	25,3
1907	1 865 506	175 797	10,4
1908	1 831 731	—	—

Von 1891 zu 1892 war ein Verlust von 40 610 Mitgliedern zu verzeichnen, von 1892 zu 1893 ein solcher von 13 519 und im Jahre 1901 von 2917 Mitgliedern. Der Verlust anfangs der neunziger Jahre traf die Gewerkschaften weit härter, als der im letzten Jahre und er erklärt sich, wenn man berücksichtigt, daß die Gewerkschaften in den drei vorhergehenden Jahren nicht weniger als rund 800 000 Mitglieder gewonnen hatten. Der Mitgliederverlust im 4. Quartal 1908 gegenüber dem vierten Quartal 1907 ist allerdings beträchtlich höher; er beläuft sich auf 75 183. Der Rückgang im Mitgliederbestand zeigt sich in allen Quartalen des Jahres 1908, am stärksten jedoch im vierten Quartal. Im ersten Quartal betrug die Mitgliederzahl 1 857 745 gegenüber 1 873 146 im vierten Quartal 1907. Im zweiten Quartal waren 1 870 237, im dritten 1 828 899 und im vierten 1 797 663 Mitglieder in den Zentralverbänden. Da der größte Tiefstand der wirtschaftlichen Konjunktur überschritten zu sein scheint, so dürfte im Jahre 1909 die Mitgliederzahl in den einzelnen Quartalen in gleicher Weise anwachsen, wie er im Vorjahre zurückging.

Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage haben 24 Verbände ihren Mitgliederbestand (das 4. Quartal 1908 verglichen mit dem von 1907) erhöhen können, während 35 einen Mitgliederverlust zu verzeichnen haben. Der Verband der Lithographen hat einen Mitgliederzuwachs, doch ist dieser nicht so groß als die Mitgliederzahl der Verbände der Formensetzer und der Photographen war, die sich dem Verbände der Lithographen angeschlossen haben. Den größten Mitgliederverlust hat der Verband der Textilarbeiter mit 23 320. Der Verband der Maurer verlor 17 449, der der Bauhilfsarbeiter 15 789, der der Schmiede 4250, doch ist bei diesem Verband der große Mitgliederverlust auf genauere Berechnung nach der Summe der gezahlten Beiträge mit zurückzuführen. Der Verband der Porzellanarbeiter büßte 3638, der der Fabrikarbeiter 3250 und der der Holzarbeiter 3233 Mitglieder ein. In allen anderen Verbänden war der Verlust an Mitgliedern unter 3000, doch ist selbstverständlich, daß damit nicht gefagt werden soll, daß der Mitgliederverlust von wenigen Hundert in den kleinen Verbänden nicht schwerer wiegt, als der Verlust von wenigen Tausend in den großen Verbänden. Von den 60 Verbänden, die in der Generalkommission angeführt sind,

hatten sechs mehr als 100 000, vier 50—100 000, vier 30—50 000, vier 20—30 000, zehn 10—20 000, zehn 5—10 000, elf 3—5000, vier 2—3000, einer 1—2000 und sechs weniger als 1000 Mitglieder. Nach der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt rangieren die Verbände folgend:

Metallarbeiter 360 099, Maurer 175 019, Holzarbeiter 146 337, Fabrikarbeiter 136 195, Textilarbeiter 116 403, Bergarbeiter 112 192, Transportarbeiter 88 096, Bauhilfsarbeiter 55 526, Buchdrucker 55 482, Zimmerer 51 119, Maler 39 485, Schneider 39 306, Schuhmacher 37 097, Brauereiarbeiter 33 422, Tabalarbeiter 28 556, Gemeinbearbeiter 28 160, Hafnarbeiter 23 986, Buchbinder 21 978, Maschinisten 18 370, Bäcker und Konditoren 18 289, Steinarbeiter 17 816, Glasarbeiter 16 859, Lithographen 16 648, Schmiede 15 193, Buchdruckerhilfsarbeiter 13 492, Porzellanarbeiter 12 974, Töpfer 10 839, Steinseher 10 356, Handlungsgehilfen 8750, Tapezierer 8275, Böttcher 7705, Seelente 7541, Lederarbeiter 7491, Stukkateure 7361, Putzmacher 7005, Gastwirtsgehilfen 6933, Sattler 6796, Dachdecker 5938, Gärtner 4800, Bureauangestellte 4477, Mühlenarbeiter 4436, Glaser 4378, Kupfer, Schmiede 4189, Bildhauer 4175, Schiffszimmerer 3929, Portefeuille 3801, Handschuhmacher 3228, Hotelbdiener 3078, Fleischer 3017, Zigarrensortierer 2901, Kürschner 2636, Friseur 2110, Lagerhalter 2091, Zivilmüller 1642, Sticker und Steinhölzler 875, Apphateure 515, Apotheken 502, Blumenarbeiter 498, Notensetzer 423, Schirmmacher 239.

Wie schon früher dargelegt, ist in der deutschen Gewerkschaftsbewegung das Bestreben vorhanden, die kleineren Organisationen den Industrieverbänden anzugliedern oder zu größeren Verbänden zu vereinigen. Auch im letzten Jahre sind die Organisationen der Formensetzer und der Photographen an den Verband der Lithographen angeschlossen worden. Vielfach lassen sich diese kleinen Vereinigungen aber mit Rücksicht auf die Verhältnisse zurzeit den großen Verbänden noch nicht angliedern.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im letzten Jahre erfreulicherweise nicht zurückgegangen, sondern um 1514 gewachsen. In 15 Organisationen ist zwar ein Verlust an weiblichen Mitgliedern von insgesamt 5079 eingetreten, doch haben demgegenüber 20 Verbände insgesamt 6593 weibliche Mitglieder gewonnen. Im Jahre 1908 waren in 35 Verbänden 138 443 und 1907 in 34 Verbänden 136 929 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Anteilnahme der Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsorganisation und den Prozentsatz der weiblichen Mitgliederzahl zu der Gesamtmitgliedszahl zeigt folgende Aufstellung:

Jahr	gesamte Mitglieder	weibliche Mitglieder	in pCt.
1892	237 094	4 355	1,8
1893	223 530	5 384	2,4
1894	246 494	5 251	2,1
1895	259 175	6 697	2,5
1896	329 230	15 265	4,6
1897	412 359	14 644	3,5
1898	493 742	13 481	2,7
1899	580 473	19 280	3,3
1900	680 427	22 844	3,3
1901	677 510	23 699	3,4
1902	733 206	28 218	3,8
1903	837 698	40 666	4,8
1904	1 052 108	48 604	4,6
1905	1 344 803	74 411	5,7
1906	1 689 709	118 908	7,1
1907	1 865 506	136 929	7,3
1908	1 831 731	138 443	7,6

Bei der gewaltigen Zahl der in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiterinnen ist die Organisation noch äußerst gering, jedoch zeigt der Umstand, daß im Jahre 1908 kein Verlust an weiblichen Mitgliedern eingetreten ist, daß wir heute schon mit einem zuverlässigen Stamm gewerkschaftlich organisierter Arbeiterinnen rechnen können.

Von den 138 443 weiblichen Mitgliedern gehören zum Verband der Textilarbeiter 42 655, Metallarbeiter 15 167, Fabrikarbeiter 14 829, Tabalarbeiter 12 910, Buchbinder 9256, Buchdruckerhilfsarbeiter 7460, Schneider 7419, Schuhmacher 5563, Handlungsgehilfen 4892, Transportarbeiter 3979, Holzarbeiter 3163, Putzmacher 2231, Postangestellte 1563, Bäcker und Konditoren 1388, Zigarrensortierer 785, Brauereiarbeiter 776, Kürschner 601, Gastwirtsgehilfen 594, Gemeinde-

arbeiter 556, Portefeuille 528, Glasarbeiter 474, Handschuhmacher 466, Sattler 250, Blumenarbeiter 183, Hafnarbeiter 150, Schirmmacher 113, Bureauangestellte 111, Lederarbeiter 99, Lagerhalter 86, Tapezierer 85, Maler 52, Gärtner 42, Fleischer 10, Photographen 5, Glaser und Steinseher je 1.

Wiesen die Verbände der Textilarbeiter, Metallarbeiter, Fabrikarbeiter und Tabalarbeiter schon recht respektable Zahlen weiblicher Mitglieder auf, so ist doch zu berücksichtigen, daß in diesen Berufen die weibliche Arbeitskraft in überaus starkem Maße zur Produktion herangezogen und zur Verdrängung der männlichen Arbeitskraft benutzt wird. Obgleich anerkannt werden muß, daß die Verbände, die mit einer größeren Zahl von Berufsgenossen zu rechnen haben, bemüht waren, die Agitation unter den Arbeiterinnen zu fördern, so muß doch immer wieder auf die Notwendigkeit der Organisation der in der Produktion tätigen weiblichen Kräfte hingewiesen werden.

Die Einnahmen und Ausgaben der Verbände haben sich im letzten Jahre nicht erhöht, sondern sind etwas zurückgegangen. Dagegen stieg der Vermögensbestand von 33 242 545 M. im Jahre 1907 auf 40 839 791 M. im Jahre 1908. Die Einnahmen verringerten sich von 51 396 784 M. im Jahre 1907 auf 48 544 396 M. im Jahre 1908, die Ausgaben von 43 122 519 M. auf 42 057 516 M. Pro Kopf der Mitglieder berechnete fiel die Einnahme von 27,55 M. auf 26,50 M., die Ausgabe von 23,12 M. auf 22,96 M., während der Vermögensbestand von 17 82 M. auf 22,30 M. stieg. Nach besonderen Erklärungen für die Verringerung der Einnahmen braucht man nicht zu suchen. Die überaus große Arbeitslosigkeit machte es den Verbandsmitgliedern unmöglich, ihre Beiträge zu bezahlen und in vielen Organisationen werden die Mitglieder während der Dauer der Arbeitslosigkeit von den Beiträgen befreit. Dann darf man aber auch nicht übersehen, wie enorm die Beitragsleistung in den letzten Jahren gesteigert worden ist. Es hatten die Verbände:

Jahr	Einnahmen pro Kopf der Mitglieder M.	Ausgaben pro Kopf der Mitglieder M.	Vermögen berechnet M.
1891	6,68	9,62	2,56
1895	11,53	9,88	6,96
1900	18,89	11,89	11,38
1905	20,68	18,61	14,60
1906	24,62	21,88	14,98
1907	27,55	23,12	17,82
1908	26,50	22,96	22,30

Es ist erklärlich, daß in einer Periode so ungünstiger Wirtschaftskonjunktur, wie sie im Jahre 1908 vorhanden war, die Gesuche um Stundung oder Erlass der Beiträge in großer Zahl gestellt und von den Organisationsleitungen berücksichtigt werden mußten. Es wäre verfehlt, aus der Verminderung der Einnahmen im Jahre 1908 den Schluss ziehen zu wollen, als wäre die Opferwilligkeit der Arbeiter für ihre Organisationen zurückgegangen. Daß dies nicht der Fall, wird sich bei der ersten nennenswerten Aufwärtsbewegung der Konjunktur zeigen. Aber es ist auch anerkenntenswert, daß die Arbeiter, trotzdem bei den meisten die bitterste Not vorhanden, ihren Pflichten gegenüber ihrer Organisation in dem Maße nachgekommen sind, wie geschehen.

Die Verringerung der Ausgaben ist nur bei den bereits zu verzeichnen. Hierfür wurden im Jahre 1907 12 994 821 M., im Jahre 1908 aber nur 4 750 347 M. aufgewandt, wogegen die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung von 4 375 012 M. auf 8 134 388 M. und die für Arbeitsunfähigenunterstützung von 5 635 387 M. auf 8 473 853 M. stieg. Diese in pp.n Zahlen sagen mehr, als lange Abhandlungen. Während der günstigen Wirtschaftskonjunktur suchen die Gewerkschaften, wenn alle anderen Mittel versagen, durch Arbeitslosenunterstützung die Lohnbedingungen zu verbessern und in den Jahren wirtschaftlicher Depression gewähren sie den Arbeitern Unterstützung, um der dringenden Not zu wehren. Deswegen auch das Verlangen der Bemühungen der Unternehmer, die Arbeiter von den Gewerkschaften fernzubalten.

Von den Gesamteinnahmen von 48 544 396 Mark entfallen auf die einzelnen Verbände:

Metallarbeiter 12 028 961 Mt., Holzarbeiter 4 982 993 Mt., Buchdrucker 4 042 005 Mt., Maurer 3 670 449 Mt., Fabrikarbeiter 2.649 688 Mt., Bergarbeiter 1 875 433 Mt., Textilarbeiter 1 800 325 Mt., Transportarbeiter 1 722 941 Mt., Zimmerer 1 499 740 Mt., Bauhilfsarbeiter 1 482 677 Mt., Lithographen 987 795 Mt., Maler 908 857 Mt., Brauereiarbeiter 877 254 Mt., Schuhmacher 802 720 Mt., Schneider 687 020 Mt., Tabakarbeiter 646 838 Mt., Buchbinder 572 420 Mt., Gemeindegewerbetreibende 550 796 Mt., Hafnarbeiter 521 017 Mt., Schmiede 459 816 Mt., Steinarbeiter 438 676 Mt., Bäcker und Konditoren 371 256 Mt., Porzellanarbeiter 345 819 Mt., Glasarbeiter 343 081 Mt., Maschinenisten 295 668 Mt., Steinseher 294 163 Mt., Töpfer 262 465 Mt., Tapezierer 241 387 Mt., Stukkateure 204 258 Mt., Lederarbeiter 200 053 Mt., Ferner haben eine Jahresrechnung von 150 000 bis 200 000 Mt. sieben Verbände, von 100—150 000 Mt. fünf Verbände, von 50—100 000 Mt. sieben Verbände, von 30—50 000 Mt. vier Verbände, von 20—30 000 Mt. zwei Verbände, von 10—20 000 Mt. drei Verbände und unter 10 000 Mt. vier Verbände.

Da der absolute Einnahmehbetrag bei den großen Verbänden den der kleineren weit überwiegen muß, so kommt die Leistung der Mitglieder in den einzelnen Organisationen erst zur Geltung, wenn die Einnahme pro Kopf der Mitglieder berechnet wird. Es entfallen von der Einnahme pro Kopf der Mitglieder in den Verbänden der Buchdrucker 72,85, Notensetzer 63,07, Lithographen 59,33, Bildhauer 45,42, Formstecher 41,48, Kupferschmiede 34,31, Holzarbeiter 34,05, Metallarbeiter 33,40, Glaser 31,92, Zigarrenfortierer 30,33, Schmiede 30,27, Zimmerer 29,33, Tapezierer 29,17, Sattler 29,03, Steinseher 28,40, Stukkateure 27,74, Holzmacher 26,77, Lederarbeiter 26,71, Bauhilfsarbeiter 26,70, Porzellanarbeiter 26,65, Brauereiarbeiter 26,25, Buchbinder 26,04, Böttcher 25,21, Gastwirtsgehilfen 24,82, Steinarbeiter 24,62, Portefeuller 24,55, Mühlenarbeiter 24,49, Töpfer 24,21, Schiffszimmerer 23,23, Maler 23,02, Handschuhmacher 22,70, Tabakarbeiter 22,64, Floßler und Steinhölzler 22,35, Friseur 21,72, Hafnarbeiter 21,72, Seeleute 21,71, Schuhmacher 21,64, Lithographen 21,22, Kürschner 21,00, Maurer 20,97, Dachdecker 20,83, Gärtner 20,45, Glasarbeiter 20,35, Bäcker und Konditoren 20,30, Lithographen 20,18, Transportarbeiter 19,56, Gemeindegewerbetreibende 19,55, Fabrikarbeiter 19,45, Schneider 17,48, Bergarbeiter 16,71, Abfahler 16,37, Bureauangestellte 16,17, Maschinenisten 16,10, Lagerhalter 16,00, Hotelbedienter 15,64, Textilarbeiter 15,47, Fleischer 14,95, Biblmuster 14,79, Buchdruckerhilfsarbeiter 14,16, Blumenarbeiter 13,02, Schirmmacher 11,95, Handlungsgehilfen 11,44 Mt.

Da in diesen Leistungen zum Teil auch Extrabeiträge enthalten sind, so ist es zweckmäßig, festzustellen, wie hoch die statistischen Verbandsbeiträge in den Gewerkschaften in Deutschland sind. Da in einzelnen Organisationen Staffelleistungen, bemessen nach der Höhe des Arbeitsverdienstes, bestehen, in einigen Bauarbeiterorganisationen nicht für alle Wochen im Jahre Beiträge erhoben werden, sondern in den Winterwochen die Beiträge forfallen, so kann bei einer solchen Uebersicht nicht der Wochenbeitrag als Grundlage für die Berechnung genommen werden. An Wochenbeiträgen wurden 1908 von männlichen Mitgliedern bezahlt in:

7 Organisationen	11,7 pSt.	21—30 Pf.
12 "	20,0 "	31—40 "
22 "	36,7 "	41—50 "
19 "	31,6 "	über 50 "

Mit dieser Darstellung wird die tatsächliche Beitragsleistung jedoch nicht nachgewiesen, sondern es ist aus den angeführten Gründen notwendig, die nach dem Statut bestimmte Jahresbeitragsleistung festzustellen. Es zahlten an Jahresbeitrag 1908:

Mt.	Mitglieder	pSt.
bis 7,20	490	0,03
7,80	11 584	0,63
9,60—10,20	18 844	1,03
10,40	62 544	3,41
12,00	8 704	0,48
13,00	32 709	1,79
14,00—15,10	34 632	1,89
15,60	85 131	4,65
16,00—18,00	76 495	4,18
18,20	94 889	5,18
18,25—20,00	31 381	1,71
20,80	345 600	18,87
20,90—22,70	86 618	4,73
23,40	83 208	4,51
24,00—25,25	81 571	4,45
26,00	276 225	15,08
28,00	46 758	2,55
28,60	22 072	1,20
31,20	381 164	20,81
32,00—34,00	19 205	1,05
36,40	560	0,03
36,60—41,60	7 314	0,40
44,20—49,40	2 386	0,13
54,60 und mehr	71 647	3,91

Die niedrigen Jahresbeiträge werden von weiblichen und jugendlichen Mitgliedern bezahlt. Die Mehrzahl der männlichen Mitglieder entrichtet einen Jahresbeitrag von 20 Mt. bis zu 31,20 Mt.

Die Jahresausgaben für 1908 im Gesamtbetrag von 42 057 516 Mt. sind nur um rund 1 Million Mt. niedriger als im Jahre 1907, obgleich die Aufwendungen für Streiks und Aussperrungen um 8 244 474 Mt. geringer waren als im Vorjahre, wogegen die Ausgaben für sonstige Unternehmungen enorm gesteigert sind. Auf die einzelnen gewerkschaftlichen Zwecke entfielen 1908 an Ausgaben:

Organisationen	Mt.
Reiseunterstützung	47
Umzugsunterstützung	38
Arbeitslosenunterstützung	43
Arbeitsunfähigen-(Kranken-)Unterstützung	51
Invalidenunterstützung	8

Organisationen	Mt.
Beihilfe in Sterbefällen	48
Beihilfe in Notfällen	47
Streiks im Beruf	54
Streiks in anderen Berufen und Ausland	37
Rechtsschutz	53
Gemahregeltenunterstützung	43
Verbandsorgan	62
Bibliotheken	39
Unterrichtskurse	29
Statistiken	14
Agitation	60
Druckschriften, Broschüren usw.	54
Stellenvermittlung	18
Konferenzen und Generalversamml.	54
Sonstige Zwecke	59
Beitrag an die Generalkommission	61
Beitrag zu internat. Verbänden	27
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	44
Projektkosten	18
Verwaltungskosten, persönliche	62
Verwaltungsmaterial	61

In wie enormer Weise sich die Aufwendungen für Unternehmungen im letzten Jahre gesteigert haben mag eine Gegenüberstellung der hauptsächlichsten Ausgabenposten zeigen. Es verausgabten die Gewerkschaften 1908 (in Parenthese die Ausgabe für 1907) für:

Reiseunterstützung	1 184 353 (869 148) Mt.
Umzugsunterstützung	290 157 (275 716) Mt.
Arbeitslosenunterstützung	8 134 388 (4 375 012) Mt.
Arbeitsunfähigenunterstützung	8 473 853 (5 635 387) Mt.
Beihilfe in Sterbefällen	666 494 (642 385) Mt.
Beihilfe in Notfällen	508 976 (467 707) Mt.
Gemahregeltenunterstützung	1 440 263 (1 010 045) Mt.

Noch deutlicher kommt die Belastung der einzelnen Gewerkschaften mit Ausgaben für Unternehmungen zum Ausdruck, wenn diese pro Kopf der Mitglieder berechnet werden. Es zahlten an Arbeitslosenunterstützung pro Kopf der Mitglieder:

Handschuhmacher	32,62
Bildhauer	24,38
Glaser	14,08
Buchdrucker	12,74
Notensetzer	12,22
Tapezierer	10,45
Holzmacher	10,02
Lithographen	9,98
Holzarbeiter	9,63
Lederarbeiter	9,54
Porzellanarbeiter	9,26
Metallarbeiter	9,05
Zimmerer	9,02
Kupferschmiede	7,36
Buchbinder	6,98
Zigarrenfortierer	6,74
Sattler	6,56
Formstecher	6,53
Glasarbeiter	6,00
Photographen	5,82
Lithographen	5,82
Maschinenisten	5,53
Schmiede	4,70
Böttcher	4,54
Portefeuller	3,81
Bäcker und Konditoren	3,76
Schiffszimmerer	3,65
Schuhmacher	3,18
Buchdruckerhilfsarbeiter	3,01
Transportarbeiter	2,44
Fabrikarbeiter	2,39
Friseur	2,20
Mühlenarbeiter	2,18
Gärtner	1,98
Brauereiarbeiter	1,39
Tabakarbeiter	1,21
Handlungsgehilfen	0,92
Bureauangestellte	0,74
Gemeindegewerbetreibende	0,46
Fleischer	0,23
Schirmmacher	0,21
Bergarbeiter	0,16
Steinarbeiter	0,07 Mt.

An Krankenunterstützung verausgabten pro Kopf der Mitglieder:

Notensetzer	19,46
Lithographen	17,79
Buchdrucker	15,87
Formstecher	11,76
Zigarrenfortierer	9,55
Metallarbeiter	8,47
Böttcher	7,93
Schmiede	7,03
Tabakarbeiter	6,45
Hafnarbeiter	6,31
Holzarbeiter	5,91
Sattler	5,82
Kupferschmiede	5,08
Hutmacher	4,82
Schuhmacher	4,80
Porzellanarbeiter	4,50
Töpfer	4,48
Mühlenarbeiter	4,07
Schiffszimmerer	3,81
Fabrikarbeiter	3,80
Gastwirtsgehilfen	3,68
Bildhauer	3,49
Portefeuller	3,45
Brauereiarbeiter	3,35
Steinarbeiter	3,12
Kürschner	2,65
Bauhilfsarbeiter	2,58
Gemeindegewerbetreibende	2,58
Maler	2,53
Textilarbeiter	2,43
Transportarbeiter	2,34
Abfahler	2,33
Maurer	2,29
Bergarbeiter	2,27
Schneider	2,01
Bureauangestellte	1,98
Buchdruckerhilfsarbeiter	1,89
Bäcker und Konditoren	1,72
Steinseher	1,66
Hotelbedienter	1,49
Buchbinder	1,41
Tapezierer	1,16
Blumenarbeiter	1,07
Handschuhmacher	0,62
Fleischer	0,56
Glaser	0,52
Seeleute	0,52
Friseur	0,21
Photographen	0,19
Gärtner	0,09
Handlungsgehilfen	0,06 Mt.

Das Jahr 1908 hat bezüglich dieser Unternehmungen ganz ungemein hohe Anforderungen an einzelne Organisationen gestellt. Aber diese haben die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit bestanden. So erweist sich dies auf der einen Seite, so tief muß man bedauern, daß der Staat sich der Verpflichtung entzieht, die Arbeitslosen, die durch das heilige, mittels staatlicher Macht gestützte Wirtschaftssystem existenzlos wurden, zu unterstützen. Im Gegenteil vermehrte er noch die Last der Arbeiter durch künstliche Verteuerung der Nahrungsmittel und notwendigen Verbrauchsgüterstände. Dann glauben schließlich die Stützen von Staat und Gesellschaft den Arbeiter tadeln zu müssen, wenn er durch politische Betätigung und durch Unterstützung der Partei, die allein für die Interessen der Arbeiterschaft eingetreten ist, gegen dieses Staats- und Wirtschaftssystem auflehnt. Nicht Anerkennung für die Arbeiter, die durch gewerkschaftliche Organisationen die Härten dieses Systems zu mildern suchen, sondern Verfolgung und Bekämpfung dieser Organisationen gilt auch heute noch als dem Staat wohl dienend. Dabei haben diese Gewerkschaften mehr für die Wohlfahrt der Arbeiterklasse geleistet, als irgend eine andere Vereinigung je zuvor oder jetzt. In den letzten 18 Jahren verausgabten die Zentralverbände für:

Streitunterstützung	61 884 217 Mt.
Arbeitsunfähigen-(Kranken-)Unterstützung	27 108 347 "
Arbeitslosenunterstützung	25 518 957 "
Reiseunterstützung	9 267 612 "
Umzugskosten und Beihilfen in Not- und Sterbefällen	6 886 514 "
Gemahregeltenunterstützung	5 563 428 "
Invalidenunterstützung	2 550 539 "
Rechtsschutz	2 144 784 "

Insgesamt eine Ausgabe von 143 924 398 Mt., welche die Arbeiter von ihrem künftigen Verdienst sich abgedarbt haben, um durch die Organisationen dem

Wohle der Arbeiter und damit dem Wohle des Volkes zu dienen.

In den Unterstützungsrichtungen selbst, sowie bezüglich der Verwaltung, der Herausgabe der Verbandsorgane und den internationalen Verbindungen sind im letzten Jahre wesentliche Änderungen nicht eingetreten. Reiseunterstützung wird von 46, Umzugsunterstützung von 35, Arbeitslosenunterstützung von 40, Arbeitsunfähigenunterstützung von 49, Invalidenunterstützung von 6, Unterstützung in Sterbefällen von 49 und in Notfällen von 33 Organisationen gezahlt. Die Auflage der gesamten Gewerkschaftsblätter betrug 1 951 285 Exemplare.

Die Jungbierfahrer Berlins im Kampfe gegen die Bierverkümmung.

Die im Reichstag angenommene neue Brauersteuer, welche dem Deutschen Reiche hundert Millionen mehr Einnahmen bringen soll, hat die Veranlassung dazu gegeben, daß seit Anfang Juli Verhandlungen zwischen den Brauereien und Gastwirten stattgefunden haben, die den Zweck hatten, die Bierpreisfrage dementsprechend zu regeln. Aus der Tagespresse ist bereits zu ersehen gewesen, daß die Brauereien sowohl als auch die Gastwirte die Absicht hatten, die Preise so zu normieren, daß die Konsumenten nicht nur hundert Millionen, die die neue Steuer ausmacht, sondern zusammen das 3-4fache dieser Summe im Interesse der Brauer und Wirte zu tragen haben würde. Inzwischen ist eine Einigung zwischen den großen Weißbierbrauereien und den Gastwirten insofern erzielt worden, als die letzteren das Bier pro Liter mit 13 Pf. beziehen. Die Gastwirte haben beschlossen, die kleine Weiße mit 13 und die große Weiße mit 25 Pf. zu verkaufen. Mit den Lagerbierbrauereien ist bis zur Stunde eine Einigung bezüglich des Bierpreises noch nicht erzielt worden, was darauf zurückzuführen sein dürfte, daß auch der „Vorwärts“ in der Bierpreisfrage und zwar im Interesse der Konsumenten eingegriffen hat.

Unsere Kollegen Jungbierfahrer sind durch die Bierpreisbewegung ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen worden. In Rücksicht darauf, daß diese Kollegen fast ausschließlich ihre eigene Kundschaft haben und somit nicht nur als Fahrer, sondern auch als Zwischenhändler zu betrachten sind, haben sich die Jungbierfahrerbesitzer genötigt, zwecks Beratung des neu einzuführenden Bierpreises auch eine Kommission der Fahrer heranzuziehen. Am 21. Juli nahmen die Verhandlungen, an denen auch ein Verbandsvertreter teilnahm, ihren Anfang. Die Brauereibesitzer verlangten, daß der Preis um 5 Pf., d. h. von 10 auf 15 Pf. pro Liter, erhöht wird. Die Fahrer verteidigten demgegenüber die Meinung, daß ein Mißschlag von 2 Pf. pro Liter genüge. Nachdem jedoch die Brauereibesitzer in den verschiedenen Verhandlungen wiederholt und immer wieder beteuerten, daß sie bei der hohen Steuer und in Rücksicht auf die teuren Produktionsmittel und Futtermittel mit einer Erhöhung von 2 Pf. unmöglich auskommen könnten und zu Grunde gehen müßten, haben dann schließlich auch die Fahrer auf 13 Pf. eingewilligt; allerdings unter der Voraussetzung, daß die Brauereien nicht anders können und daß sich die Brauereien untereinander einig sind. Demgegenüber erklärten die Brauereibesitzer, daß sie einen „eingetragenen Verein“ bilden und ihre Mitglieder mit Konventionalstrafen für den Beschluß haften. Am Montag, den 16. August, trat der Preis von 13 Pf. pro Liter in Kraft. Schon in den ersten Tagen zeigte es sich, daß eine Anzahl Brauereien, sogar Mitglieder des Vereins der Weiß- und Braumbierbrauereien, entgegen dem Beschluß von 13 Pf., das Bier mit 12, 11 und sogar 10 Pf. pro Liter verkaufen. Dadurch wurde die Existenz derjenigen Kaufleute gefährdet, welche das Bier mit 13 Pf. verkaufen, indem sie viele ihrer Kunden verloren. Dem Vorstand der Brauereien ist dann sofort am 18. August die Mitteilung gemacht worden, daß die Brauerei Hoffmann, Schöde und Hermann Nachf. das Jungbier mit 12 Pf. verkaufen. Keine wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Brauerei Montag zu Steglitz mit 10 Pf. verkauft und durch Plakate und Handzettel dafür Propaganda macht. Da diese Brauereien Mitglieder des Vereins sind, wurde der Vorstand ersucht, sofort hierzu Stellung zu nehmen und für Abschaffung des Preisstandes zu sorgen. Auf dieses Schreiben hat der Vorstand überhaupt keine Antwort gegeben. Daraufhin beschloß am 20. August eine Versammlung der hier in Frage kommenden Verkäufer, Leute, daß sie nach Lage der Verhältnisse gezwungen seien, ab Montag, den 23. August nur noch für 12 Pf. pro Liter zu verkaufen. Dies umso mehr, als die verschiedenen Brauereien den Beweis erbracht haben, daß sie auch bei einem 12 Pf.-Verkauf existenzfähig sind. Diese Mitteilung ist dem Vorstehenden Herrn Schulz bereits am Sonnabend, den 21. August, früh um 6 Uhr gemacht worden. Am Sonntag, den 22. August haben dann Versammlungen der Fahrer sowohl als auch der Brauereibesitzer stattgefunden. Einer Abordnung von Fahrern, welche den ergebnislosen Versuch der Unternehmung entgegenzunehmen hatte, wurde kurzerhand der Bescheid gegeben, daß letztere an dem 13 Pf.-Verkauf festhalten. Nunmehr faßte die Versammlung der Fahrer nach Entgegennahme des Berichtes der Unternehmer den Beschluß, ihrerseits den 12 Pf.-Verkauf festzuhalten mit der Maßgabe, daß der Verkauf mit 13 Pf. nach Lage der Verhältnisse unmöglich ist. In Rücksicht darauf, daß die meisten Fahrer außer einer festgelegten Ration auch noch eine Kündigungsfrist von 14 Tagen hatten, mußte dieser Umstand bei der Arbeitsniederlegung berücksichtigt werden. Kollage Werner wies darauf hin, daß der neue Tarif bisher noch nicht abgeschlossen sei. Die neue Lohnskala sei von den Unternehmern abgelehnt. Ferner verlangten die Unternehmer, daß die Fahrer sich einer

später etwa notwendig machenden Bierverküpfung bedingungslos unterwerfen. Darauf können und dürfen die Fahrer jedoch nicht eingehen, weil sie damit ein ihnen bisher zustehendes Recht von weitgehender Bedeutung für den Fahrerberuf selbst preisgeben würden. Zudem sei dem Vorstand des Vereins der Unternehmer schriftlich mitgeteilt worden, daß die Fahrer ab Montag, den 16. August mit 13 Pf. pro Liter verkaufen, unter der Voraussetzung, daß hinsichtlich des neuen Tarifs eine Einigung erzielt werden würde. Da nun die Unternehmer trotz Aufforderung unsererseits in diesbezügliche Verhandlungen nicht eingetreten sind, konnte auch der neue Tarif nicht zum Abschluß gebracht werden. Somit gilt also der alte Tarif. Laut Beschluß der Versammlung halten die Brauereileute die Aufgabe, den Unternehmern zu sagen, daß die Fahrer mit 12 Pf. fahren wollen. Falls dies abgelehnt wird, sollten sie auf die Kündigungssfrist hinweisen und fordern, daß sie während dieser Zeit nach dem alten Tarif, d. h. bei 10 Pf.-Verkauf fahren wollen. Diese berechtigten Forderungen haben die Brauereien abgelehnt und haben somit unsere Kollegen gezwungen, die Arbeit in 17 Brauereien einmütig niederzulegen. Demnach haben nicht die Kuischer, sondern die Unternehmer Kontraktbruch begangen. Die Fahrer haben ihre Kündigung durch das nachstehende Zirkular von ihrer Arbeitsniederlegung und dem Zweck derselben verständigt.

„An das Jungbier konsumierende Publikum Berlins und Umgegend“

Mit Gegenwärtigem gestattet sich die unterzeichnete Kommission der Jungbierfahrer ihrer verehrlichen Kundschaft die Mitteilung zu machen, daß die Jungbierfahrer Berlins gezwungen, durch die Taktik der Brauereibesitzer, welche zum Teil auf Grund der Biersteuer eine übermäßige Preissteigerung vorgenommen haben, die Arbeit am Montag, nachdem eine Einigung auf friedlichem Wege nicht zu erreichen war, niederzulegen.

Der Kampf, welcher uns aufgezwungen worden ist, wird von uns einmal im Interesse unserer eigenen Existenz, als auch gegen die Uebervorteilung unserer verehrlichen Kundschaft durch die Brauereibesitzer geführt.

Abgesehen davon, daß die neue Brauereisteuer eine Preiserhöhung bedingt, ist die Erhöhung von 3 Pf. pro Liter doch zu hoch, was auch von einer Anzahl Brauereien dadurch bewiesen wird, daß diese mit einem Preisaufschlag von 2 Pf. verkaufen. (Also 5 Liter 60 und nicht 65 Pf.)

Es liegt somit im Interesse unserer verehrlichen Kundschaft, uns in diesem uns aufgezwungenen Kampf zu unterstützen und uns ihre wertvolle Kundschaft bis zur Erledigung des Kampfes zu erhalten.

Unser Bestreben geht dahin, den Preis von 12 Pf. pro Liter Bier für alle Jungbierbrauereien zur Durchführung zu bringen.

Damit wäre allen am Konsum sowohl als an dem Verkauf beteiligten Interessenten eine nach jeder Hinsicht gerechten Erledigung der Bierpreisfrage geschaffen.

Nach alledem glauben wir annehmen zu dürfen, daß unsere verehrliche Kundschaft uns ihre Unterstützung zu teil werden läßt und uns zum Siege verhelfen wird.

Sochachtungsvoll

Die Lohnkommission.

M. Schönberger. A. Werner.

Diese Zirkulare wurden von der Kundschaft gut aufgenommen und wurde den Fahrern gesagt, daß sie nur ihre Sache gut durchkämpfen mögen.

Weider müssen wir darauf hinweisen, daß die Fahrer vom Deutschen Brauhaus, Niddorf, sowohl als auch von Grünh. Fruchstr., nur einen Tag ihre Solidarität geübt haben, dann aber als Arbeitswillige tätig waren und somit Verrat an ihrer eigenen Sache verübt haben; denn es handelt sich in diesem Kampf nicht nur um den Bierpreis, sondern um die Existenz der Jungbierfahrer überhaupt.

Im Laufe der Woche hat sich herausgestellt, daß sich täglich von den Brauereien mehr Abtrünnige fanden, d. h. solche, die das Bier nicht mit 13, sondern mit 12 Pf. verkaufen. Am Donnerstag konnten bereits 14 derartige Brauereien festgestellt werden. An diesem Tage wurden durch den Herrn Direktor Ulrich von der Weißbierbrauerei Landre, Mittengesellschaft, Verhandlungen zwischen den im Streit befindlichen Fahrern und den Brauereibesitzern angebahnt.

Am Freitag, den 27. August fand bereits eine Verhandlung statt. Diese Verhandlung wurde von Herrn Direktor Ulrich geleitet. Nach eingehenden zum Teil sehr energischen gegenseitigen Auseinandersetzungen, einigten sich die beiderseitigen Kommissionen auf den nachstehenden Tarif. Als Grundlage ist der Verkauf von Braunbier mit 12 und Weißbier mit 13 Pf. zu betrachten.

Tarifvertrag.

Zwischen den Weiß- und Braunbierbrauereibesitzern und den in ihren Unternehmen tätigen Jungbierfahrern werden hinsichtlich der Lohn- und Provisionsbezüge folgende Vereinbarungen getroffen.

1. Das Braunbier wird seitens der Kuischer mit 12 Pf. und das Weißbier mit 13 Pf. pro Liter verkauft und mit 10 resp. 11 Pf. bei der Brauerei abgerechnet.

Der Lohn beträgt bei einem Umsatz

bis zu 70 Mt.	18 00 Mt.
von 70—100 "	19 50 "
" 100—125 "	21 00 "
" 125—150 "	24 00 "

von 150—200 Mt.	27 00 Mt.
" 200—250 "	30 00 "
" 250—300 "	33 00 "
" 300 und mehr "	36 00 "

2. Die Provision beträgt für Weißbier und Braunbier 2 Pf. per Liter.

3. Die kommunalen Biersteuern bezahlt die Brauerei.

Die Kosten für einen sich notwendig machenden Gewerbeschein werden vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen getragen.

4. Die Reisenden werden zur Hälfte von der Brauerei und zur anderen Hälfte von den Fahrern bezahlt. Jedoch darf keine der beiden Parteien verlangen, daß die Zeit des Reisens länger als vier Wochen pro Jahr und Kutscher beträgt.

5. Maßregelungen wegen Durchführung der vorstehenden Vereinbarungen dürfen nicht stattfinden.

6. Mitfahrer werden von den Brauereien nicht gestellt.

7. Etwaige sich aus diesem Tarif ergebende Meinungsverschiedenheiten resp. Streitigkeiten werden von einer aus den Brauereien und Fahrern zu bildenden paritätischen Schlichtungskommission geregelt.

8. Sollte sich im Laufe der Zeit eine Bierpreisänderung notwendig machen, so ist diese gemeinsam von den Brauereibesitzern und Fahrern zu regeln resp. zu beschließen. Ebenso die damit in Zusammenhang stehenden Bezüge der Fahrer.

9. Dieser Tarif hat Gültigkeit vom 1. September 1909 bis 1. Mai 1912 und gilt immer um 3 Jahre verlängert, falls er nicht 6 Wochen vorher von einer Partei gekündigt wird.

Berlin, den

Für die Brauerei.

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband.

In der am Sonnabend, den 28. August stattgefundenen Versammlung der Streitenden erstattete die Kommission Bericht und erläuterte die einzelnen Punkte des Tarifs. Die Kommissionsmitglieder hoben die Gründe hervor, welche dafür sprechen, daß der Preis für Braun- und Weißbier durchweg mit 12 Pf. nicht zu erreichen war. Vor allen Dingen ist versprochen worden, daß das Bier besser gebraut wird. Die ganzen Verhältnisse in der Jungbierbranche sprechen dabei mit, und sieht sich die Kommission nach Prüfung der Sachlage genötigt, die Annahme dieses Tarifes zu empfehlen. In der Diskussion sprachen verschiedene Redner gegen die Annahme des Tarifs. Es kam schließlich zur Abstimmung und wurde der Tarif mit allen gegen 6—7 Stimmen angenommen. Gleichzeitig gelangte eine neue Kontrollkarte von grüner Farbe an alle an dem Streit Beteiligten zur Ausgabe. Nur solche Kutscher, welche sich durch eine grüne Kontrollkarte ausweisen können, sind als organisierte Fahrer zu betrachten. Wir machen alle Jungbierfahrer und Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie die Kuischer nach ihrer Legitimation fragen und nur solche mit grüner Karte verkehrsichtigen.

Zum Streik der Kraftdroschkenschaffner in München.

Der Kampf wird mit der gleichen Erbitterung fortgeführt. Die Streitenden stehen heute noch so geschlossen da wie zu Beginn des Kampfes. Die Herren Arbeitgeber geben sich die denkbar größte Mühe, um Streikbrecher zu gewinnen, damit sie ihren Betrieb aufrecht erhalten können. Mit welchem Erfolg, geht daraus hervor, daß es der größten Firma am Ort, Gebr. Bauer, bis heute noch nicht gelungen, einen Arbeitswilligen zu erhalten. Die 13 Autos droschen stehn in der Garage und harren der Dinge, die da kommen. Der letzte Streik im Jahre 1908 hat dieser Firma schon eine Unmenge Geld gekostet, und wiederum hat sie von ihrem schmerzhaften Standpunkt nicht ablassen können, trotzdem sie bereits im Jahre 1906 mit unserer Organisation im Tarifverhältnis stand und den 28 Mt. Wochenlohn garantierte. Seitdem sind die Lebensmittelpreise und die Wohnungsmieten derart gestiegen, daß sie die Forderungen der Schaffner ohne weiteres als berechtigt hätte anerkennen müssen.

Auch die Elektromobil-Betriebs-Gesellschaft ist in schweren Nöten. Von den 13 Wagen stehen 11 in der Garage. Sie erläßt Bekanntmachungen, um die Streitenden zu bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen. In der letzten Bekanntmachung heißt es:

„Die Münchener Elektromobil-Gesellschaft ist nach Ablehnung ihrer Vorschläge seitens der Organisation dem Arbeitgeberverband und Kraftdroschkenschaffner beigegeben und ist nicht mehr in der Lage, irgendwie mit der Organisation zu verhandeln; dagegen ist sie jederzeit bereit, privatim die bisherigen Fahrer wieder zu engagieren, solange Stellen frei sind.“

Nachdem sich wiederum niemand meldete, hieß es, daß nunmehr 5 Chauffeure von Chemnitz kommen. Man hält die Streitenden für so dumm, daß sie nicht wissen, daß fremde Chauffeure sich erst die nötigen Ortskenntnisse erwerben müssen, bevor sie den Fahrerscheine erhalten. Ein Streikbrecher hat sie nun doch bekommen; sie dürfte aber nicht sonderlich mit ihm zufrieden sein. Er ist unter den Münchener Chauffeuren mit dem Spitznamen „der Kropfede“ bekannt und hatte in den letzten 5 Tagen nicht mehr als drei Stellen. Durch Unterzeichnung des Tarifs von seinem letzten Herrn hat er auch diese Stellung verloren. Ein Glück für ihn, daß in München gestreikt wird. Die Betriebsleitung hat auch zwei Handwerksburschen engagiert, die nun unentgeltlich zu Fahrern ausgebildet werden. Auch mit diesen dürfte die Firma wenig Glück haben.

Auch den übrigen Firmen geht es nicht viel besser, sofern die Herren nicht selbst fahren können. In den meisten Fällen sitzen die Herren 14 und 16 Stunden und noch mehr Stunden auf dem Wagen, um so den Ausfall wieder hereinzubringen. Müssen sie doch von ihrer Einnahme 3 Mt. pro Tag an den Arbeitgeberverband abliefern. Daß sie auf die Länge der Zeit diese Tätigkeit ohne gesundheitliche Schädigung nicht aushalten können, liegt klar auf der Hand. Auch die Sicherheit für das fahrende Publikum ist auf das äußerste gefährdet. Die Ortsverwaltung hat deshalb „ein für das reisende und fahrende Publikum“ bestimmtes Flugblatt verfaßt, das in Tausenden von Exemplaren verteilt wurde und seine Wirkung nicht verfehlte. In diesem Flugblatt heißt es: „Wem Leben und Gesundheit lieb ist, der lasse sich nicht von ungeübten Arbeitswilligen fahren. Es folgten dann die Nummern der genehmigten Firmen. Die Polizei hatte die Verteilung dieser Flugblätter verboten mit der Begründung, daß darin der Polizei indirekt der Vorwurf gemacht werde, daß sie ungeübten Fahrern Fahrscheine ausstelle. Den Verbandsvertretern wurde erklärt, daß nur zwei Personen den Fahrchein erhalten hätten. Einer davon hat sich dem Streik angeschlossen, dem anderen sei am zweiten Tage der bedauerliche Unfall zugefallen, daß er auf das Trottoir fuhr, wobei eine berühmte Künstlerin ohnmächtig wurde.“

Auch in dieser Woche kamen verschiedene Unfälle vor, die tatsächlich auf Uebermüdung zurückzuführen sind. So fuhr ein Streikbrecher bei Hohenschwangau in den Straßengraben; ein anderer in München auf das Trottoir an eine Hausdecke. Ein Passant konnte sich gerade noch durch einen Seitensprung retten. Ein anderer fuhr einen Straßenreiniger über den Haufen, so daß er schwer verletzt in die Klinik verbracht werden mußte. Wenn auch die Unglücksfälle nicht ganz aus der Welt geschafft werden können, so werden sie doch aber auf ein Mindestmaß beschränkt durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Und diese will die Verbandsleitung durch Abschluß eines Tarifvertrages herbeiführen.

Neuerdings haben zwei weitere Firmen mit vier Autodroschken die Forderungen genehmigt, so daß jetzt 83 Chauffeure bei 40 Firmen mit 48 Autodroschken zum neuen Tarif fahren. Bis jetzt stehen noch 159 Kollegen im Kampfe, die sich gelobten anzuharren, bis ihre gerechten Forderungen genehmigt sind.

Aus unserem Beruf.

Automobilfahrer.

Berlin. Am 20. August fand eine Branchenversammlung der Kraftdroschkenschaffner statt. Ein Kollege hielt einen Vortrag über: „Wie wirkt der Steuerwucher auf unsere Lebenshaltung?“

Redner ließ die Steuerpolitik von 1878 bis zur letzten Reichsfinanzreform neu bewerten und legte an der Hand von Beispielen klar, wie alle die Steuerlasten auf das arbeitende Volk ruhen und auf dasselbe abgewälzt werden. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seinen gutdurchachten Vortrag.

Unter Berufsfragen wurde die Antwort des Polizeipräsidenten, betreffs Regelung der Halteplatzfrage, bekannt gegeben und beschlossen, die Frage im Auge zu behalten. Weiter wurde das Gebahren des Automobilbesitzers Gerber, Schleichstraße wohnhaft, kritisiert. Der Sektionsleitung wurde aufgegeben, sich mit dem Fall Gerber weiter zu beschäftigen und den Betrieb ev. für organisierte Fahrer zu sperren.

Allgemeine Heiterkeit erregte die Mitteilung, daß Herr Schent, Wilmersdorf, erklärt hat, bei einer Abgabe von 30 Mt. 2 Mt. Lohn zahlen zu wollen. Mit Recht frag ein Kollege aus der Versammlung, ob Herr Schent Tages- oder Wochenabgabe meinte.

Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß der Sohn des Restaurateurs Falkenberg, Charlottenburg, Berlinstraße, wieder sein Unwesen treibt und einen Kollegen mit 30 Mt. angesetzt hat. Wir warnen an dieser Stelle besonders vor diesem Patron, da derselbe angeblich gelbeskrank sein soll, von ihm nichts zu haben ist und der Vater absolut nichts zahlt.

Droschkenfahrer.

Bremen. Nach jahrelangem Schlaf scheinen endlich auch hier am Orte unsere Kollegen Droschkenfahrer sich auf sich selbst zu bestimmen. Wenn eine Arbeiterkategorie unter außerordentlich mißlichen Verhältnissen zu existieren hat, dann sind es diese Kollegen. Wie überall, wo eine gute Organisation fehlt, schlechte Arbeits- und Lohnbedingungen anzutreffen sind, so ist es auch hier.

Die Arbeitszeit ist eine vollständig unregelmäßige. Daß sie nicht zu kurz bemessen ist, dafür sorgt das in verschiedenen Betrieben eingeführte Progressivsystem. Wollen die Kollegen wenigstens einigermaßen existieren, dann sind sie gezwungen, nach Möglichkeit recht lange täglich zu fahren.

Die Löhne sind als außerordentlich traurige zu bezeichnen. Da finden wir noch Monatslöhne von 30 Mt. neben Kost und Logis. Diese Löhne sind nicht etwa Einzelerlöse, sondern bilden in vielen Betrieben die Regel.

Bei der Droschken-Gesellschaft werden Affenslöhne gezahlt, und zwar von 35—45 Mt. pro Monat. Außerdem erhalten die Kollegen 15 pCt. der Einnahme. Daß unter diesen Verhältnissen von einer auskömmlichen Existenz nicht gesprochen werden kann, braucht wohl nicht weiter erwähnt zu werden. Man muß sich nur wundern, wie die Kollegen jahrelang dahinvegetieren, ohne den Versuch zu machen, eine Besserung der Berufsverhältnisse herbeizuführen. Allerdings wurde in einer der abgehaltenen Agitationsversammlungen erwähnt, daß die Kollegen bei der

Gesellschaft vorstellig geworden sind, um eine Lohn-
erhöhung zu erhalten. Sie sind aber ver-
wehrt worden und damit hat es bis auf weiteres sein
bleiben. Die Direktion kündigt d. h. als dem Sprich-
wort: „Out Ding will Weile haben“. Die Kollegen
werden jedenfalls noch recht lange warten müssen bis
die Gesellschaft sich bequemt, den jetzigen Lohn-
verhältnissen entsprechend eine Lohnaufbesserung vor-
zunehmen. Oder aber die Gesamtheit muß sich eines
besseren besinnen und sich der Organisation anschließen.
Denn ohne dem werden die Angestellten nichts er-
zielen. Jahre sind vergangen und die Löhne im
Droschkentaxi-beruf sind die gleichen geblieben.

Diese Erkenntnis hat auch bewirkt, daß ein Teil
der Kollegen eingetreten hat, daß ohne Organisation
nichts zu erzielen und ein geschlossenes Vorgehen un-
bedingt erforderlich ist.

So ist denn der Grundstein für die Sektion der
Droschken- und Personentransportkutscher gelegt und
an der Gesamtheit liegt es nun, den Bau zu voll-
enden, damit zu gegebener Zeit eine Revision der
Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgenommen werden
kann.

Wir richten den Appell an alle Kollegen, tatkräf-
tig mit in die Agitation einzugreifen, damit auch
unser Sektion sich den übrigen würdig an die Seite
stellen kann. Lange genug haben wir abseits ge-
standen, jetzt muß es heißen: Mit vereinter Kraft
vorwärts, damit wir den letzten Mann in unseren
Reihen mitführen können.

Unsere regelmäßigen Sektionsversammlungen fin-
den jeden ersten Freitag im Monat bei „W e h e l“,
Ausgärtorstraße, statt und werden die Kollegen er-
sucht, für guten Besuch der Versammlung Sorge tra-
gen zu wollen.

Fensterputzer.

Oberrfeld-Barmen. Wir erklären hiermit, daß
wir die in Nr. 33 des „Courier“ mitgeteilten und
uns zur Last gelegten Vorwürfe nicht begangen haben.
Geben aber zu, daß unser Verhalten gegenüber dem
Verbande dazu angetan war, die mitgeteilten Schluf-
folgerungen zu ziehen.

Wolff Geiger. Arthur Rauff.

Auf obige Erklärung Bezug nehmend, ersuchen
wir die Kollegen, die in Nr. 33 des „Courier“ ge-
machten Äußerungen, die Kollegen Geiger und Rauff
betreffend, als nicht getan zu betrachten. Selbstver-
ständlich werden die Mitteilungen über den Putzer
Driescher hiervon in keiner Weise berührt.

Die Ortsverwaltung.

Gelsenkirchen. Wer übt Terrorismus?
Der Reichsverband zum Schutz der Arbeiterbewe-
gung und seine ihm dienbare Presse, wissen nicht
genug über den angeblichen Terrorismus zu zitiern,
der von den Arbeitern an den ach, so unschuldigen
Unternehmer verübt wird. Wenn aber das Unter-
nehmertum in seiner brutalen Weise Arbeiter deshalb
auf die Straße wirft, weil sie ihrer Berufsorgani-
sation angehören, dann ist der sonst so redselige
Reichsverband stumm wie ein Fels. Im nach-
stehenden wollen wir einen Fall von Terrorismus
mitteilen und hoffentlich läßt sich der Reichsverband
diesem fetten Hapfen nicht entziehen.

Die bei dem Fensterputzerunternehmer G. Glö-
bach in der Kampstraße 31 tätigen Kollegen wählten
vor einigen Wochen eine Versammlung ab, in welcher
einige sich dem Verbande angeschlossen. In der Ver-
sammlung war auch einer von jener Sorte Arbeiter
anwesend, die glauben, sich durch Verrat ihrer Mit-
arbeiter bei dem Unternehmertum lieb Kind zu
machen. Dieser teilt Glöbach mit, was in der Ver-
sammlung gesprochen worden und wer dem Verbande
beigetreten war. Daß die bei ihm tätigen Kollegen
sich unterstanden, eine Versammlung zu besuchen und
gar einige die „Freiheit“ befaßen, sich zu organisieren,
brachte Herrn Glöbach vollständig aus dem Häuschen.
Eine solche Freveltat mußte gerochen werden. Glö-
bach nahm nun die Kollegen einzeln vor und ver-
suchte sie zu überreden aus dem Verbande wieder
auszutreten. Da aber die Kollegen fest blieben, kün-
digte er vier Mann mit Bemerkungen, daß er organi-
sierte Arbeiter in seinem Betriebe
nicht dulde. Ein Versuch der Verbandsleitung,
mit Herrn Glöbach über die Zurücknahme der Kündi-
gung in Verbindung zu treten, wurde mit nicht-
sagenden Redensarten, wie er bedauerer, mit Fern-
stehenden, nicht in Verhandlung treten zu können, ab-
gelehnt. Das Vorgehen Glöbach bekommt erst dann
das richtige Bild, wenn man in Betracht zieht, daß
Glöbach für sich das Recht der Organisationszuge-
hörigkeit in Anspruch nimmt. Glöbach gehört im
Unternehmerverband der Fensterputzermeister mit zu
den führenden Geistern. Mancher arbeitervindliche
Beschluß innerhalb dieser Organisation ist auf ihn zu-
rückzuführen. Als voriges Jahr in Oberhausen ein
Streik der dortigen Putzer ausgebrochen war, faubte
Glöbach seine „Arbeiter“ als Streikbrecher nach dort.

Und dieser Mann macht sich an, das gesetzliche
Recht der Arbeiter mit Füßen treten zu dürfen und
denjenigen, der von diesem Recht Gebrauch macht, mit
Stockschlägen auf den Maagen zu strafen. Kein Staats-
anwalt hindert die Gesellschaft an ihren Gesezesüber-
tretungen. Und so was kommt dann noch her und ha-
den traurigen Mut über Terrorismus der Arbeiter
zu schimpfen. Wir möchten der organisierten Arbeiter-
schaft Herrn Glöbach angelegentlich empfehlen, da er
ja für eine Anzahl Firmen arbeitet, die fast aus-
schließlich von der Arbeiterschaft leben. Besonders
aber möge er wir darauf hinweisen, daß Glöbach auch
für den Konsumverein arbeitet, also er nimmt recht
gern das Geld, das von der organisierten Arbeiter-
schaft einfließt, an, aber seinen Arbeitern, die Ko-
alitionsfreiheit zu gewähren, fällt ihm nicht ein.

Die Kollegen in Gelsenkirchen aber müssen sich
durch dieses Vorgehen veranlaßt sehen, mehr wie bis-
her für den Verband zu agitieren.

Handelsarbeiter.

Bremen. Bremen als Handelsmetropole be-
herbergt neben anderen Branchen einen ausgedehnten
Weinhandel. In dieser Branche sind wohl annähernd
350 Kollegen beschäftigt. Zu unterscheiden sind hier-
bei Weinküfer und Arbeiter. Die Küfer müssen den
Beruf erlernen, und zwar 3-4 Jahre lang.

Trotzdem der Weinhandel seinen Mann ernährt,
b. h. für die Unternehmer gute Ueberschüsse abwirft,
ist die Lage der Berufs Kollegen keine beneidenswert.
Wenn auch die Arbeitszeit im allgemeinen keine zu
lange ist, sie beträgt im Durchschnitt 10 Stunden, so
sind doch die Löhne zum großen Teil recht traurige.

So finden wir Löhne von 17-25 Mk. pro Woche,
sowohl für Küfer als auch für Arbeiter. Wenn wir
bedenken, daß die Küfer, wie schon erwähnt, 3-4
Jahre lernen müssen, so kann man ohne weiteres be-
haupten, daß diese Löhne geradezu traurige sind.

So sollte man annehmen, daß unter solchen Um-
ständen der Solidaritätsgedanke unter der Kollegen-
schaft außerordentlich gut ausgeprägt wäre, um eine
bessere Entlohnung zu erzielen.

Doch dem ist nicht so. Das Gros der Kollegen-
schaft steht der Organisation fern und hofft auf die
Großmütigkeit der Arbeitgeber. Daß solche Hoffnung
eine verfehlte ist, liegt klar auf der Hand. Wo im-
mer ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiter fehlt,
zeigt sich, daß von dem guten Willen der Arbeitgeber
nicht viel zu erwarten ist. Dieses beweisen ja auch
die außerordentlich niedrigen Löhne.

Wie die Arbeiterfreundlichkeit aussieht, soll nur
an einem Beispiel erwähnt werden. Als im Vor-
jahre der Inhaber der Firma Niedmeister u. Ulrichs
zum Senator gewählt wurde, da gelebte er, auch für
das Interesse der arbeitenden Masse eintreten zu
wollen. Dieses hört sich sehr schön an. Die Masse
der Arbeiter und namentlich der Weinarbeiter, hat da-
von noch nichts verspürt. Allerdings wurde den im
Betriebe beschäftigten Arbeitern anlässlich der Senator-
wahl ein Geschenk in der Höhe von 50 Mk. gemacht.
Dieses hatte nach außen allerdings den Anschein einer
besonderen Arbeiterfreundlichkeit. Besehen wir aber
die in dem Betriebe gezahlten Löhne, dann finden
wir, daß diese zwischen 21 und 25 Mk. pro Woche
schwanken. Nun kann in einer Großstadt wie Bremen
aber kein Arbeiter mit einem Wochenlohn von 21 Mk.
auch nur halbwegs auskommen und da sehen wir,
daß in dem Betriebe von Niedmeister u. Ulrichs vor-
wiegend Leute vom Lande beschäftigt sind. Da haben
wir die Arbeiterfreundlichkeit in ihrer ganzen Größe.
Die Leute sind billiger und willkärer und eine ein-
malige Ausgabe von 50 Mk. anlässlich der Wahl zum
Senator macht nach außen einen guten Eindruck und
kostet nicht viel. Eine Lohnerhöhung von nur 1 Mk.
pro Woche würde eine dauernde Ausgabe sein und
im Jahre schon 52 Mk. betragen. Ob die in dem
Betriebe Beschäftigten dies nicht einsehen können oder
wollen, sei dahingestellt. Tatsache ist, daß gerade
diese Kollegen der Organisation in ihrer Gesamtheit
ferne stehen.

Soll aber die Lage der Weinarbeiter in der Ge-
samtheit verbessert werden, und dieses ist eine un-
bedingte Notwendigkeit, dann ist noch ein gutes Stück
Arbeit zu leisten, um die Reihen in der Organisation
zu stärken. Gerade diese Kollegen müßten eine be-
deutend höhere Entlohnung erhalten, wenn man die
Arbeit betrachtet, welche sich den weitaus größten
Teil der Arbeitszeit in schlecht ventilierten mit Al-
koholbunke geschwängerten Räumen abspielt. Da sind
Fässer zu spülen, zu schweffeln sonst zu reinigen. In
dunklen dumpfen Kellern befinden sich die Flaschen
und Materialienlager, kurz und gut, alles Arbeiten,
welche es bedingen, daß Rhumatismus ein ständiger
Gast bei den meisten Kollegen ist.

Wenn, wie schon gesagt, das Organisationsver-
hältnis nicht ein solches ist, daß vor der Hand daran
gedacht werden könnte, irgend welche Verbesserungen mit
Hilfe der Organisation zu erreichen, so wird und muß
es Aufgabe sein, unter den Indifferenten mehr und
mehr die Erkenntnis zu wecken, daß nur durch die
Organisation durchgreifende Regelungen im Arbeits-
verhältnis herbeigeführt werden können. Was andere
Kollegen im Handelsgewerbe dank der Organisation
erreichen konnten, muß auch für die Weinarbeiter
möglich sein. Das möge jeder beherzigen und un-
ablässig im Interesse der Sektion der Weinarbeiter
tätig sein, denn nur diese stärkt und vertritt die In-
teressen der Kollegen.

Nachtrags-Ladenschluß in Nürnberg. Der Ma-
gistrat macht bekannt: Gemäß Entschliessung der Ral-
Regierung von Mittelbrann vom 2. August 1893
wurde im Hinblick auf § 139f. der Reichsgewerbeord-
nung für den Bezirk der Stadt Nürnberg angeordnet,
daß sämtliche offenen Verkaufsstellen während des
nächsten Jahres — ausgenommen die Samstage sowie
die Tage vor Weihnachten und Neujahr — von 8 Uhr
abends ab für den geschäftlichen Verkehr geschlossen
sein müssen.

Die Arbeit unserer Organisation für den 8 Uhr-
Schluß ist eine recht mühevoll gewesen, sie wird aber
eigentlich durch den Erfolg gelohnt. Ausdauernde
Arbeit führt immer, früher oder später, zum Ziel.

Regensburg. Abermals sind wir in der Lage,
von einem Erfolg aus unserer alten Patrialergelicht be-
richten zu können. Die Kollegen Hausmeister, bei
der Firma Niedmeister, Gewarenhandlung geschlossen
ich vor längerer Zeit sämtlich unserem Verbande als
Mitglieder an. Vor einiger Zeit ersuchten sie uns,
ihnen behilflich zu sein, ihre Lohn- und Arbeitsver-
hältnisse zu regeln. Es wurde von der Sektion
darauf an die Firma ein Tarifvertrag mit einer ent-
sprechenden Begründung gesandt und um eine Ver-
handlung nachgesucht. Die Firma gab zunächst gar
keine Antwort auf das Schreiben und ließ auch den
Kollegen im Betriebe gegenüber nichts merken. Als
unser Gaukletter und der Vorsitzende unserer Verwal-

tungsstelle dann persönlich bei den Inhabern der
Firma vorstellig wurden, erklärten die Herren, daß
sie mit der Organisation nichts zu tun haben wollen.
Nach längerem Hin und Her und als die Herren
merkten, daß die Organisationsvertreter doch auf
keine Menschenfresser waren, als die man sie sich vor-
gestellt hatte, kam nach etwa einstündiger
Verhandlung eine Einigung zustande. Es ist dies
im Interesse der beiden Teile, der Arbeiter als auch
der Firma, zu begrüßen, da ein Kampf für beide
nicht von Vorteil gewesen wäre. Einen Tarif abzu-
schließen, lehnte die Firma bedauerlicherweise ab. Die
Kollegen erhalten jedoch durchschnittlich eine Lohnauf-
besserung von 2 Mk. pro Woche und eine Verkürzung
der Arbeitszeit von 1 1/2 Stunden. Ebenfalls wurde
den Kollegen drei Tage Sommerurlaub gewährt.
Die übrigen Hausmeister in Regensburg, die unter
noch viel schlechteren Arbeitsbedingungen wie die
Kollegen bei der Firma Niedmeister arbeiten müssen,
sollen sich an diesen Kollegen ein Beispiel nehmen.
Nur dadurch, daß wir einig und geschlossen dastehen,
können wir etwas erreichen. Auch in diesem vorlie-
genden Falle hätten die Kollegen, wenn sie einzeln
vorgegangen wären, sicher nichts erreicht. Durch die
Macht und das Ansehen der Organisation sind wir
allein imstande unsere Verhältnisse zu verbessern. Da-
rum ihr Hausmeister in Regensburg muß eure Pa-
role sein, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis
auch der letzte Hausmeister Mitglied der Organisation
geworden ist.

Transportarbeiter.

Dresden. Der Streik in den „Deutschen St.-St.-
Werken“ ist nach vierwöchentlicher Dauer erfolgreich für
die Organisation beendet worden. Der nach zähem Kampfe
über die Firma errungene Sieg ist in erster Linie dem
solidarischen Verhalten der Dresdener Arbeiterschaft zu
danken. Trotz aller Bemühungen von Seiten der Firma,
wie z. B. das große von Unwahrheiten strotzende Zirkular
an die gesamten Arbeitgeber in Dresden, in welchem diese
um moralische Unterstützung der Firma ersucht wurden, ist
es nicht möglich gewesen, den Abzug des „St.-St.“-Getränkes
zu vergrößern. Auch die freien Gast- und Schankwirte in
Dresden hatten sich verpflichtet, während des Streiks der
Firma nichts abzunehmen. Dazu kam noch, daß die Kon-
kurrenzfirma „Sinalco“ die Gelegenheit weidlich ausnutzte
und den „St.-St.-Werken“ eine nicht unerhebliche Anzahl
Kunden weg schnappte. Alle diese Umstände mögen dazu
beigetragen haben, daß die Firma sich endlich dazu ent-
schloß, Verhandlungen mit der Organisation anzubahnen.
Der Direktor Lehmann, der bisher durch sein schroffes und
wenig geschicktes Verhalten jede Verhandlung unmöglich
gemacht und sogar Vermittlungsversuche dritter Personen
brüst abgelehnt hatte, ging plötzlich auf Reisen. Durch
den Profurlisten der Firma wurden wir dann in Kenntnis
gesetzt, daß eine Aussprache zwecks Beilegung des Konflikts
gewünscht werde. Die Verbandsleitung ging selbstverständ-
lich darauf ein und es fand noch am selben Tage eine
Verhandlung mit der Firma statt, die schließlich zu dem
Ergebnis führte, daß der nachfolgende Tarifvertrag zu
Stande kam.

Tarifvertrag

zwischen den „Deutschen St.-St.-Werken“, G. m. b. H.,
Dresden, und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband,
Ortsverwaltung Dresden.

Flaschen spüler erhalten einen Anfangslohn von
18 Mk. pro Woche, nach vierwöchentlicher Tätigkeit 19 Mk.,
nach zweimonatlicher 20 Mk. und nach dreimonatlicher
Tätigkeit 21 Mk.

Abfüller erhalten einen Anfangslohn von 22 Mk.
pro Woche, nach zweimonatlicher Tätigkeit 23 Mk. und
nach dreimonatlicher 24 Mk.

Extraktkocher erhalten dieselben Lohnsätze wie
Abfüller.

Ueberstunden sind freiwillig zu leisten und werden
mit 40 Pfg. pro Stunde bezahlt.

Die Arbeitszeit bleibt für alle Kategorien wie
bisher bestehen.

Kutscher erhalten einen Anfangslohn von 22 Mk.
pro Woche, nach zweimonatlicher Tätigkeit erhalten die-
selben 23 Mk. und nach dreimonatlicher 24 Mk.

Jeder Kutscher erhält 1 pCt Provision von seinem
Tagesumsatz, zahlbar am Schluß eines jeden Monats.

Stadtkutscher erhalten eine tägliche Auslösung
von 0,75 Mk.

Landkutscher eine solche von 1,25 Mk.

Jeder Kutscher ist verpflichtet, Sonntag vormittag
3 Stunden Stallarbeit zu verrichten.

Der du jour habende Kutscher erhält 50 Pfg. Aus-
lösung.

Ueberstunden werden nach 8 Uhr abends mit
40 Pfg. pro Stunde bezahlt.

Maßregelungen aus Anlaß dieser Lohnbewegung
dürfen nicht stattfinden.

Bei Bedarf von Arbeitskräften soll mög-
lichst der Arbeitsnachweis des Transportarbeiter-Verbandes
benutzt werden.

Dresden, den 21. August 1909.

Für die Firma:
Deutsche St.-St.-Werke, G. m. b. H., Dresden.
pp. Rud. Richter.

Für den Verband:
Albert Bergmann, Max Müller.

Mit diesem Tarifabschluß können wir zufrieden sein,
zumal die Lohnsätze in demselben bedeutend günstigere
sind, als wie sie ursprünglich von uns gefordert worden
waren.

Nur zu bedauern ist es, daß diese Vergünstigungen
zum großen Teil den noch im Betriebe tätigen „Arbeits-
willigen“ zu gute kommen. Diese nach Beendigung des
Kampfes aus dem Betriebe hinauszubringen, war nicht

durchführbar, da wir einen Ersatz nicht dafür stellen konnten, denn die übergroße Zahl der streikenden Kollegen war während des vierwöchentlichen Kampfes in andere Arbeitsstellen getreten. Nur einige Kollegen waren noch vorhanden, die jetzt auch wieder von den St.-St.-Werken eingestellt worden sind. Die Streikbrecher, welche noch im Betriebe arbeiten, werden wohl oder übel nach Beendigung der Saison so wie so ihr Bündel zu schnüren haben. Das wurde von der Firma ziemlich deutlich ausgesprochen.

Mit dem Ausgang dieser Bewegung kann die Organisation zufrieden sein. Die Deutschen St.-St.-Werke haben die Organisation durch Abschluß des Tarifvertrages anerkannt. Das ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, wenn man bedenkt, daß die Firma nicht nur bei der diesjährigen Lohnbewegung, sondern auch im vorigen Jahre jedwede Verhandlungen mit der Verbandsleitung abgelehnt hat.

Elberfeld-Barmen. Am Sonntag, den 22. Aug., morgens 11 Uhr, fand eine gut besuchte Versammlung der Kutscher und Fuhrleute statt. Die Versammlung nahm Stellung zu der auch in Barmen üblichen scharfen Handhabung der Straßenpolizeiordnung gegenüber den Kutschern und Fuhrleuten. Der Referent wies darauf hin, daß in Barmen das Unikum zu verzeichnen wäre, daß gleich zwei Straßenpolizeiordnungen vorhanden sind, nach denen die Kollegen bestraft würden. Die eine stammt aus dem Jahre 1874, die andere ist 1905 in Kraft getreten. Das, was die eine verbietet, erlaubt die andere. So würde z. B. in der Verordnung von 74 gesagt, daß der Wagenführer sein Fuhrwerk zwecks Ent- und Beladen verlassen dürfe, in der Verordnung von 05 dagegen, darf sich der Führer nicht weiter als 5 Schritte von dem Fuhrwerk entfernen. Bezüglich der Beleuchtung der Fuhrwerke sagt die 74er Verordnung, daß mit dem Anzünden der Straßenlaternen, die Verordnung von 05 dagegen, daß eine Stunde vor Sonnenauf- oder Untergang die Beleuchtung zu erfolgen habe. Bei solchen Widersprüchen ist es leicht erklärlich, wenn auch in Barmen sehr viele Bestrafungen erfolgen. So erhielt ein Fuhrmann innerhalb acht Tage zwei Strafbefehle in Höhe von 18 Mk. Der Kollege verdient 25 Mk.; er behält also für sich und die Familie 6 Mk. übrig. Die 74er Verordnung sieht als Höchststrafe 10 Taler, die 05er Verordnung dagegen 60 Mk. vor. Dort, wo die Straßenordnungen keine Strafen vorsehen, wird kurz und bündig der grobe Unfug-Paragraf angewandt. So sind einige Fuhrleute wegen groben Unfug bestraft worden, weil sie die Pferde in der Wupper gewaschen haben. Höher geht's nimmer. Der Referent kritisierte dann das Verhalten der Barmen Stadtverwaltung, die auf eine in der höflichsten Form gehaltene Eingabe, die Fahr- und Fachschule betreffend, nicht geantwortet habe. Das sei bezeichnend für den sozialen Geist, der in der Verwaltung vorherrsche. Mit einem lebhaften Appell an die Versammlung, sich eine starke Organisation zu schaffen, die auch den Behörden gegenüber die Kollegenschaft wirksam vertreten könne, schloß Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion wurden die Ausführungen noch durch eine Reihe Kollegen ergänzt. Ein Kollege wies darauf hin, daß die Stadt Barmen ihre Arbeiter und Kutscher in der von den Unternehmern gegründeten Fahr- und Fachschule ausbilden ließe. Das geschehe zu dem Zwecke, bei ev. Arbeitseinstellung des Fahrpersonals Arbeitswillige zu haben. Weiter führte er stolle aus, daß in der Fahr- und Fachschule auch zum Teil junge Leute vom Lande zur Ausbildung herangezogen werden, die dann nachher von den Unternehmern als billige Arbeitskräfte eingestellt würden. Durch dieses Vorgehen sollten die alten Kollegen ausgemerzt werden. Deshalb wäre es angebracht, der Fahr- und Fachschule keine große Sympathie entgegenzubringen, sondern die Kollegen sollten vielmehr auf die Ehre, in der Fahr- und Fachschule sich ausbilden zu lassen, verzichten. Es wurde sodann beschlossen, daß die Verwaltung des Verbandes bei der Polizeibehörde in Barmen anfragen soll, welche Straßenverordnung die richtige sei, die von 1874 oder die von 1905. Weiter sollen einige Abänderungsanträge eingereicht werden. Nachdem eine Anzahl Kollegen dem Verbands begetreten waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wieder eine Maßregelung bei C. v. Steffelin. Unter dieser Bemerkung brach er in der Nr. 35 vom 29. August u. a. folgenden Satz:

„Die Zeit der Pringelzeit ist vorüber und daß die Ehrlichkeit der Arbeiter unter den schlechten Löhnen Not leidet, das konnte Herr v. Steffelin gelegentlich der Ausführung eines Wübeltransportes selbst erfahren...“

Auf Wunsch der bei der Firma beschäftigten organisierten Mobelpacker stellen wir fest, daß von ihnen bei dem vorgekommenen Diebstahl keiner in Betracht kommt, vielmehr soll einer Frau v. Sch. das Portemonnaie erst nach Beendigung ihres Umzuges durch einen am Anzug Unbeteiligten abhandeln gekommen sein. Da die Kriminalpolizei zurzeit noch Mecherchen pflegt, wird sich der politische Leiter jedenfalls noch herausstellen. Im übrigen aber wäre es uns sehr recht gewesen, wenn die Firma selbst zu einer Klärstellung des Wort genommen hätte, denn es liegt uns fern, irgend etwas nicht Zutreffendes in der Öffentlichkeit behaupten zu wollen.

Windan am Bodensee. An dem schönen von 5 Staaten bekränzten Bodensee, herrlich und direkt auf einer Insel im See gelegen, ist Lindau eine Durchgangsstation und mit Fremden und Reisenden stets reich bevölkert. Keiner der hier durchkommt, um per Bahn oder Dampfer weiter zu fahren, verläßt es, einige Tage in dem herrlichen Städtchen zu weilen. Jeder Zug bringt hunderte neuer Ankömmlinge. Die vorzigliche Verkehr bringt es mit sich, daß bei der Gepäckbeförderung z. eine Menge Leute beschäftigt werden. In erster Linie Dienstleute und Kofferträger, die die Beförderung des Gepäcks von der Bahn nach den Dampfschiffen und in die Hotels der Stadt besorgen müssen. Die Arbeit dieser Kollegen ist keine leichte.

Man muß sie unter Koffern, Packeten und Schachteln z. daherkommen sehen, um sich einen richtigen Begriff von ihrer Arbeit zu machen.

Unsere Kollegen haben nun wohl einen Arbeitgeber, aber — sie bekommen keinen Lohn. Im Gegenteil, die Dienstleute müssen ihrem Arbeitgeber dafür, daß sie überhaupt arbeiten dürfen, im Sommer 1 Mark und im Winter 60 Pf. pro Tag bezahlen. Wenn man bedenkt, wie gering und unsicher trotz der mitunter recht schweren Arbeit das Einkommen dieser Leute ist, dann muß man sich wundern, wie die Kollegen mit ihrem geringen Verdienst zurecht kommen. Kommt es doch sehr häufig vor, daß die Kollegen den ganzen Tag nur 1,50 - 2,- Mark verdienen. Vom Winter wollen wir ganz schweigen, denn es ist eine Tatsache, daß die Leute oft nicht so viel einkommen, um ihren „Herrn“ bezahlen zu können. Auch die Kofferträger, die ja „fest angestellt“ sind, befinden sich in einer keineswegs beneidenswerten Lage. Sie beziehen das fünfliche Gehalt von 3,- Mark pro Tag. Dabei haben die Kollegen eine Arbeitszeit, die kaum zu glauben ist. Wegen der Reihenfolge der einkaufenden Züge müssen die Leute mit geringen Zwischenpausen 86 Stunden hintereinander im Dienst sein, bis sie dann einige Stunden frei haben.

Geht man der Sache auf den Grund, so wird man es leicht erklärlich finden, daß die Kollegen unter solchen Lohn- und Arbeitsverhältnissen leben. Während in anderen Städten sich die Kollegen dem Verbands anschließen und ihre Arbeitsverhältnisse verbessern, wie z. B. die Münchener Dienstmänner, die heute nur noch 20 Pf. pro Tag zahlen, haben sich die Lindauer Dienstleute und Kofferträger bis jetzt zu ihrem eigenen Schaden um die Organisation nicht gekümmert. In einer stattgefundenen Versammlung, in der unser Gauleiter den erschienenen Kollegen Zweck und Ziele des Deutschen Transportarbeiterverbandes erläuterte, ließen sich nun 12-16 Kollegen in den Verband aufnehmen. Das ist ein ganz guter Anfang, und wenn die anderen noch fernstehenden diesem Beispiel folgen, dann werden wir auch in Lindau, in den traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser Kollegen eine Besserung herbeiführen. Ueber die sonstigen Mängel, die in diesem Institut noch herrschen, z. B. Forderung des nötigen Arbeitsschutzs zc., werden wir uns noch in einem späteren Artikel unterhalten. Heute aber möchten wir nochmals den Kollegen zurufen: Seht alle anderen Verufe an, überall schließen sich die Arbeiter zusammen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern; auch bei Euch, ihr Dienstleute und Kofferträger, ist dies möglich, wenn ihr Euch geschlossen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anschließt. Das oben Gesagte gilt natürlich auch für die vielen Expeditionsarbeiter und Kutscher, für die Ausgeber sowie Lager- und Hilfsarbeiter von Lindau. Sie alle leiden ja unter denselben traurigen Verhältnissen. Kollegen, die 35 Pf. Lohn, die ihr wöchentlich an den Verband bezahlt, dürfen keinen Zweifel sein. Wären doch schon die hohen Unterhaltungsgebühren, die unser Verband bei Arbeitslosigkeit und Krankheit zc. den Mitgliedern auszahlt, eine Gewähr dafür, daß dies Geld nicht weggeschmissen ist. Kein Kollege, dem es ernst ist mit der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage, darf hier fehlen, alle müssen Mitglieder des Verbandes werden, dem heute schon ca. 100 000 Kollegen in allen Städten angehören. Darum auf Kollegen in Lindau, hinein in den Deutschen Transportarbeiterverband. Denkt daran: Einigkeit macht stark.

Mannheim. Einen vollen Erfolg haben die Kutscher der Essig- und Konervenfabrik J. Louis Haas zu verzeichnen. Die Kollegen haben ja auch ziemlich lange gebraucht, bis sie sich der Organisation angeschlossen. Im Frühjahr traten sie in corpora der Organisation bei. Wir reichten am 6. August Verbesserungen ein, wurden aber von Herrn Haas abgewiesen. Herr Haas glaubte, daß wir einen Eingriff in seine Rechte unternommen hätten. Aber auch Herr Haas wurde belehrt, daß es nun einmal heute nicht mehr anders ist, indem wir sein Verhalten in der Arbeiterpresse kritisierten. Dies führte dazu, daß er dann mit uns in Verhandlungen eintrat, die folgenden Lohn- und Tarifvertrag.

Tarifvertrag. Abgeschlossen zwischen der Firma J. L. Haas und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, in Ansehung der bei obiger Firma beschäftigten Kutscher.

- 1. Arbeitszeit.** Die tägliche Arbeitszeit beginnt um 1/6 Uhr morgens und endet um 8 Uhr abends. Bei Landtouren richtet sich Beginn und Ende der Arbeitszeit nach dem jeweiligen Bedürfnis.
- 2. Pausen.** Die Arbeitszeit wird durch je eine halbe Stunde Frühstück und Vesperpause, sowie einer 1 1/2 stündigen Mittagspause unterbrochen.
- 3. Ueberstunden.** Alle Arbeiten, sofern sie nicht Landtouren betreffen, werden vor 1/6 Uhr morgens, sowie nach 8 Uhr abends mit 50 Pf. pro Stunde vergütet.
- 4. Sonntagsarbeit.** Die nötige Stallarbeit geschieht am Sonntag früh bis zu zwei Stunden ohne besondere Vergütung. Alle weiteren Arbeiten werden mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt. Das Füttern am Abend geschieht abwechselnd von einem Kutscher, wofür 1 Mk. vergütet wird.
- 5. Wochenlohn.** Der am Samstag zu zahlende garantierte Wochenlohn beträgt 28 Mk. und versteht sich ohne jeglichen Abzug.
- 6. Besondere Vergütungen.** Die von den Kutschern abgelieferten leeren Essigfässer werden nach dem Maße wie bisher berechnet. Eine Vergütung erfolgt jedoch nur für den über 2 Mk. wöchentlich sich ergebenden Betrag. Die Provision wird wie bisher vergütet. Landtouren kommen in Betracht bei Ausfahrten nach Frankenthal, Speyer, Lamprechtshausen, Weinsheim, Seckenheim, Friedrichsfeldt, Ladenburg, Hockenheim, Heidelberg, und werden mit je 1,50 Mk. Lohnentschädigt.

heim, Seckenheim, Friedrichsfeldt, Ladenburg, Hockenheim, Heidelberg, und werden mit je 1,50 Mk. Lohnentschädigt.

Die Kündigungsfrist ist eine wöchentliche und kann diese nur am Lohnstage erfolgen.

Dieser Tarif tritt mit dem 13. August 1909 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. August 1911. Wird derselbe nicht einen Monat vorher, als erstmalig am 1. Juli 1911 gekündigt, so gilt er jeweils auf ein weiteres Jahr verlängert.

Mannheim, den 26. August 1909.
Für die Firma: J. Louis Haas.
Für den Verband: F. A. Aug. Geil.

Die Kollegen stehen ihren Berufscollegen am Plage um nichts mehr zurück, da sie zweifellos nicht mehr unter 30 Mk. pro Woche verdienen. Der Mehrlohn, den sie jetzt auf Grund des Tarifes erhalten, beträgt pro Woche 4 bis 5 Mk. Ferner wird nun auch die Sonntagsarbeit bezahlt, ebenso Landtouren und Ueberstunden.

Die Kollegen haben einsehen gelernt, daß man, wenn man organisiert ist, weiter kommt, als wenn man indifferent herumläuft. Hoffentlich bleiben sie der Organisation treue Mitglieder; es wird stets nur zu ihrem Vorteile sein.

Zur Lohnbewegung in den Mannheimer Fuhrbetrieben. Erste Erfahrungen hat am Mittwoch, den 25. August, der Unternehmer Reichert gemacht. Morgens um 7 Uhr ging auf einmal der Befehl durch die Stallungen: alle Mann in den zweiten Stock.

Die Kollegen waren ganz verblüht als sie hinauskamen und einen gedeckten Tisch erblickten, auf dem ein Groß Altan lag, welche sich dann einige Minuten später als Tarifverträge entpuppten. Man bildete einen Kreis und Herr Graf und Herr Reichert gaben jetzt den Kutschern zu verstehen, daß jetzt genug des graufamen Spielcs wäre, sie wollten der Geschichte ein Ende machen. Sie rechneten den Kutschern vor, was ein jeder im Jahr verdiene, was aber mit dem besten Willen keiner von denselben kapiert hat, da ihnen die Zahlen des Herrn Reichert zweifellos zu hoch erschienen. Wenn Herr Reichert glaubte, damit die Kutscher zu begeistern, so erreichte er gerade das Gegenteil, denn, „Ach Schmerz, laß nach“. Als nun Herr Graf mit folgenden Worten seine Kutscher aufforderte: „Alles, Leute geht her um schreibt, daß ma davunkommen“, da meldeten sich von den 70 Anwesenden 2 Mann. Einer davon machte es mit Tränen in den Augen, aber nicht etwa aus Mitleid, weil ihn die Reden so angegriffen hatten, sondern, weil er als alter Kerl nicht mehr überall arbeiten kann. Der andere, noch jung an Jahren, Vogel ist jetzt Name, stand schon zweimal vor der Züre, kam jedoch und bettete sich wieder an. Aus Dankbarkeit erwies er nun seinem Herrn die Ehre, daß wenigstens einer noch ihm treu geblieben ist. Wir beneideten Herrn Reichert nicht darum. Eine Versammlung, die unersetzlich stattfand, nahm einstimmig eine Resolution an dahingehend, daß die Kutscher nicht gewillt sind, als Einzelne den Tarif mit der Firma abzuschließen, sondern, daß dies nur durch die Organisation zu geschehen habe. Herr Reichert sieht wohl darau, daß die Zeiten in Mannheim verfloßen sind, wo man die Arbeiter ködert. Allgemein war unter den Kollegen die Stimmung laut: Wir sind keine Heidelberger. Wenn es der Firma geht u. Niederhäuser, Heidelberg, gelungen ist, im vorigen Jahre ihre Leute zu ködern, so war dies für unsere Kollegen in Mannheim ein warnendes Beispiel.

Münchberg-Fürth. In der Versammlung der Kohlenarbeiter und Kohlenkutscher am 22. d. Mtz. wurden die gegenwärtigen Verhältnisse in der Kohlenbranche erörtert. Es wurde ausgeführt, daß dieselben leider nicht die besten seien, denn infolge der wirtschaftlichen Krise sei der Umsatz in fast allen Geschäften zurückgegangen. Durch Einsparungen an Arbeitspersonal und Ausbeutung der beschäftigten Leute in der ergiebigsten Weise, suchen sich die Unternehmer schadlos zu halten und Duzende von erprobten Kohlenarbeitern laufen sich täglich erfolglos die Füße wund, um anderweitig unterzukommen. Die ungünstigste Zeit werde seitens der Arbeitgeber auch dazu benützt, jedem Arbeiter, der nicht willig jede Beschimpfung oder Anreizerei über sich ergehen läßt, mit Entlassung zu drohen oder ihn kurzerhand auf die Straße zu werfen.

Die Versammlung war sich klar darüber, daß nach dieser ersten Zeit wieder einmal bessere Verhältnisse eintreten müssen und wo sich die Arbeiter doppelt wertlegen werden, ob sie den gesundheitsschädlichen Kohlengeschäften ihre Knochen opfern wollen oder nicht. Jedenfalls soll das jegliche rücksichtslose Vorgehen der Arbeitgeber und deren Vertreter nicht so leicht vergessen werden.

Wie prächtig und geschäftig einige Firmeninhaber gegen alle Bestrebungen der Arbeiterschaft sich benehmen, beweist der Umstand, daß trotz diverser Verbesserungen außer den Firmen Hasselbacher, Anath, Stündt, Teufel, Striegel, Marster, Würth, Woche u. Co., Dieck u. Co., wenige Kohlengeschäfte vormalig u. Fortsch, kein weiteres Kohlengeschäft in Münchberg den für diese Branche bestehenden Tarifvertrag mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anerkannt hat, trotzdem im Tarif nur Wochenlöhne bis 24 Mk. für Lagerarbeiter und bis zu 26 Mk. für Kutscher festgelegt sind.

Unter den die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen tretenden Kohlenfirmen sind sogar einige, die sich nicht scheuen, sich um städtische und staatliche Lieferungen zu bewerben und leider immer noch Aufträge solcher Art erhalten. Es müßte eigentlich selbstverständlich sein, daß solche Lieferungen nur denjenigen Firmen zugesprochen werden, die das Arbeitsrecht der Arbeiter respektieren und im Tarifverhältnis zu ihren Arbeitern stehen. Wann wird eigentlich die Zeit kommen, wo denjenigen Leuten,

die beständig die Rechte der übrigen Menschen beschneiden, auch keine besonderen Rechte mehr gewährt werden? Wir sind ja sonst Gegner von Ausnahmebestimmungen, aber wenn Einzelne ihre wirtschaftliche Macht dazu mißbrauchen, um andere zu unterdrücken, dann muß dies mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die Versammlung fand dann auch mit der Versicherung, den Arbeiterfeinden in der Kohlenbranche stets ein wachsam Auge zuzuwenden, ihren Abschluß.

Plauen i. Vogtl. Von der Firma L u d w i g G r ä f erhalten wir folgendes Schreiben, das wohl eine Verichtigung sein soll. Es liegt uns selbstverständlich gänzlich fern, irgend jemand Unrecht zu tun, und folgedessen müssen wir auch einem Unternehmer, der sich gegen unsere Angriffe verteidigen will, unsere Spalten öffnen. Herr Gräf schreibt:

„Redaktion des Courier, Berlin.

Sie schreiben in Ihrem Blatte über meine Firma Unwahrheiten, die ich mir nicht bieten lassen werde. Ich bin Abonnent des „Sächs. Volksbl.“ und werde durch dasselbe, durch meinen Bekannten, Herrn Langstein und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats des Konsum-Vereins Reichenbach, Herrn Reucht, in Reichenbach, beweisen lassen, daß meine Arbeiter anständig behandelt werden.

Falls Sie aber bereit sein sollten, die Sache zu berichtigen, werde ich Ihnen Mitteilung machen, warum im vergangenen Jahre 6 Arbeiter, welche Branntwein k o r b l a s c h e n w e i s gestohlen haben, entlassen mußte. Ich werde die Sache noch bei der hiesigen Staatsanwaltschaft anzeigen, damit diese Angelegenheit aufgeklärt wird und die Spitzbuben hinter Schloß und Riegel kommen.

Mit Hochachtung!

Ludwig Gräf.

N. B. Es tut mir noch leid, diese Leute ohne Strafe laufen gelassen zu haben.

Dieses Jahr habe ich fast gar nicht mit meinem Personal gewechselt. Meine Kutscher sind viele Jahre bei mir und wird wohl alle Monat 100 Ztr. Zuder, à 2 Ztr., von der Bahn hereingeschunden, von 4 Pferden und 2 Arbeitern; da mußte ein Expediteur pleite gehen, wenn dessen Leute so arbeiten, wie meine Kutscher, die sich viel Zeit nehmen. Ich habe viele Angestellte, welche 20 Jahre, 15 Jahre, 10 Jahre etc. in meinem Geschäft tätig sind, Herr Direktor Reinhold im hiesigen Konsumverein wird Ihnen dies bestätigen können.“

Dazu hat unser Gewährsmann zu bemerken:

Auf die von der Firma Ludwig Gräf, Plauen, an uns ergangene Aufforderung, betr. der Notiz in Nr. 33 des „Courier“, eine Verichtigung vorzunehmen, können wir leider nicht eingehen. So lobenswert es ist, daß die Firma Abonnent des Sächs. Volksblattes ist, so können wir uns des Gefühls nicht erwehren, daß dabei die näheren geschäftlichen Beziehungen zu den erwähnten Konsumvereinen einen Einschuß ausüben. Wir glauben gern, daß die Firma mit den genannten Geschäftsführern obiger Vereine in anderer Zone verkehrt wie mit ihren Angestellten, hier läge der Nachteil ganz auf Seite der Firma Gräf. Wir haben auch in unserer Notiz weniger die schlechte Behandlung, die, nebenbei bemerkt, tatsächlich vorhanden ist (dafür sind Beweise da), betont, als vielmehr die unständliche und beschwerliche, außerdem sogar lebensgefährliche Arbeitsmethode. Es wird zur Entladung einer Wagenladung auf dem Bahnhof fast gar nicht, höchstens, wenn kurz vor Fortschluß noch etwas an oder abzurufen ist, ein Beifahrer mitgegeben. In anderen Fällen werden die Angestellten auf die Gelegenheitsarbeiter hingewiesen, die dann auf Anweisung seitens der Firma für eine ganze Ladung (200 Zentner) sage und schreibe eine ganze Markt, erhalten, für ein Faß Spiritus, das nicht, wie wir berichteten 8 Ztr., sondern 13 bis 16 Ztr. wiegt, bietet man den Gelegenheitsarbeitern 10 Pf. an. Und welcher Gefahr setzt sich hier der Letztere sowie der Geschirrführer aus. Bei Entladung solcher Lasten bedient man sich nicht solcher Leute, die heute das und morgen das machen, also ganz ungeübt sind.

Uebrigens auch ein Zeichen der Zeit, wenn man die Arbeitslosigkeit dieser Leute auf diese Weise ausbeutet.

Erst kürzlich brach einem Geschirrführer, der mit noch einem Gelegenheitsarbeiter Spiritus auslud, die Schrotkeiter, als das 13 Ztr. schwere Faß ziemlich oben auf dem Wagen war, und nur zufällig enliging der Geschirrführer einem schweren Unglück.

Herr Ludwig schreibt ja selbst, daß mit 4 Pferden und zwei Arbeitern die Güter abgerollt werden, es gehören sogar nach der Straßenpolizeiordnung, nach welcher kein Geschirr in der Nähe der Bahn unbeaufsichtigt stehen gelassen werden darf, schon zu zwei Pferden zwei Arbeiter.

Soweit nun die Betonung, Herr Gräf habe in diesem Jahre fast gar nicht gewechselt mit seinem Personal, so müssen wir dem Gedächtnis des Herrn Gräf schon etwas zu Hilfe kommen. Es sind in der Zeit vom 13. bis zum 18. August dieses Jahres zirka an einem Tage zwei Geschirrführer ohne Grund entlassen worden, am nächsten Tage ein Markthelfer, und am darauf folgenden Tage sind die für die zwei oben Entlassenen auch schon wieder fortgegangen, ob sie von selbst gingen oder entlassen wurden, wissen wir in diesem Falle allerdings nicht, da sie nicht organisiert waren. Außer diesen Angeführten sind uns noch mindestens 5 Personen bekannt, die im Laufe dieses Jahres an- und abtraten. Die Versicherung, daß die Firma viele Angestellte beschäftigt, welche 20, 15 und 10 Jahre dort tätig sind, trifft insofern zu, als drei Angestellte von insgesamt 15 Beschäftigten, außer den Seiterwasserarbeitern, die als Saison-

arbeiter in Frage kommen, vorhanden sind, von denen einer, der Volkurist, ca. 15 Jahre, der älteste Kutscher 6 Jahre und dann noch einer mit 2 Jahren dort tätig ist. Alle anderen haben und können es nicht so weit gebracht haben, da sonst die Zeit im Verhältnis der ein- und austretenden nicht ausreicht. Unsere Feststellung, daß in 4 Tagen sechs ausgetreten sind, müssen wir daher korrigieren, daß es in drei Tagen 5 Personen waren.

Was wir sonst noch angeführt haben, sind wir jederzeit bereit, zu decken.

Im übrigen war es uns nicht lediglich darum zu tun, um Nachteiliges über die Firma zu schreiben, als vielmehr, daß die Verhältnisse dort andere werden, und wir freuen uns, wenn diese Zeilen dazu beigetragen haben.

Auch die zum Schibbenfest im vorigen Jahre entlassenen Kellararbeiter sind nicht identisch mit den angeblich wegen „Korbflaschenweis gestohlenen“ Branntwein Entlassenen, von denen uns nichts bekannt ist.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Ortsverwaltung I (W. B. S.) hielt am 18. August ihre Generalversammlung pro 2. Quartal ab. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken von 15 verstorbenen Kollegen. Ueber die Tätigkeit der Verwaltung berichtet der Bevollmächtigte. Es fanden statt: 1 Generalversammlung, 9 Sitzungen der Ortsverwaltung, 79 Betriebsbesprechungen, 16 Branchenversammlungen, 8 Sitzungen der Vertretensleute der einzelnen Branchen, 9 Sitzungen der Sektionsleitungen, 4 der Bezirksleitung, mehrere Kommissionsitzungen und 7 Verhandlungen mit Unternehmern.

An Briefeingängen waren zu verzeichnen 397, Karten 237, Druckfächer 43, Postanweisungen 5.

Ausgänge: 424 Briefe, 18 Postkarten, 13 Mahnungen, 789 Druckfächer (Versammlungs-Einladungen), 22 dito (Zeitungen). Auskünfte wurden erteilt: 29 in Polizeistreitigkeiten, 386 gewerblicher Streitfragen, andere gerichtliche Streitfragen 112, Unfall 17, Invaliden 18, Kranken 23.

Schriftstücke für Mitglieder wurden angefertigt zur Schaffung neuer Arbeitsverhältnisse 11, Steuerreklamationen 28, Diverse 2.

Der Kassenbericht, welcher in Nr. 33 des Courier abgedruckt, zeigt eine Einnahme von 77 548,30 Mk. inkl. Kassenbestand vom 1. April 1909 von 44 059,12 Mk., dem gegenüber steht eine Ausgabe von 37 103 Mk. und 68 Pf.

Seitens der Hauptkasse wurden auch wieder im verfloffenen Quartal enorme Summen an Unterstützungen gezahlt; so für Krankenunterstützung 4874,85 Mk., Arbeitslosenunterstützung 9590,70 Mk., Gemachtgeleitenunterstützung 1389,15 Mk., Notfallunterstützung 575 Mk., Beerdigungsbeihilfe 380 Mk., Diverse 94 Mk.

In der nachfolgenden Diskussion moniert Jarwig die in einzelnen Versammlungen vorgenommenen Zellerfassungen. Nach Entgegnung anderer Kollegen hält es die Versammlung für geboten, diese vorzunehmen. G. Meier wünscht den Kassenbericht übersichtlicher spezialisiert. Jetzt sei nicht zu erkennen, wie viel an Zuschußunterstützungen an ehemalige Vereinsmitglieder ausgegeben und wie hoch die Summe sei, die für diese Zwecke zur Verfügung stehe. Von anderen Kollegen wird ein Irrtum des Kollegen in bezug auf die Höhe der Summe richtiggestellt. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, daß die ehemaligen Vereinsmitglieder das Recht und die Pflicht haben, Aufklärung zu verlangen, jedoch müsse die Sache nicht so aufgefaßt werden, als ob dieselben mit die Vorrechte des Verbandsstatuts für sich in Anspruch nehmen, aber zu den Verwaltungskosten nichts beizusteuern haben. Von allen Rednern wurde betont, daß in der Beziehung bei der großen Masse der alten Vereinsmitglieder diese Momente vollauf gewürdigt werden. Mehrere von den Kollegen in bezug auf den Kassenbericht bezügliche Fragen, werden vom Kassenerführer zufriedenstellend beantwortet.

Zum zweiten Punkt: „Wie stellen sich die Mitglieder zu der Zusammenlegung der vier Berliner Verwaltungen, legt der zweite Bevollmächtigte den Standpunkt der Bezirksleitung dar. Er weist darauf hin, daß diese Frage eigentlich den Mitgliedern nicht mehr neu sei. Bereits einmal hatte die Ortsverwaltung I Gelegenheit, sich darüber zu äußern. Wenn gleich damals ein volles Einverständnis nicht erzielt werden konnte, so wurde doch ein Schritt vorwärts getan, indem das Bureau von Adlerstr. 5 nach dem Gewerkschaftshaus verlegt wurde, welcher Schritt auch von anderen Verwaltungen getan ist. Man hat sich in der Zwischenzeit überzeugen müssen, daß die seinerzeit gemachten Einwände in keiner Weise zuträfen. Die Agitation hat dadurch nicht im entferntesten gelitten, vielmehr hat dieselbe dadurch gelitten, daß man damals nicht ganze Arbeit gemacht habe. Durch die Zusammenlegung ist es möglich, die agitatorischen Kräfte besser auszunutzen zu können, ferner ist es möglich, durch die Zentralisierung der Verwaltungsarbeit dem Verbands nicht unbedeutende Summen zu ersparen.

In der Diskussion wurden Bedenken prinzipieller Natur nicht vorgebracht. Einige Redner sind der Auffassung, daß die Zusammenlegung die Erhöhung der Beiträge zur Folge hat. Sie befürchten dadurch eine stärkere Fluktuation und bedeutende Erschwerungen in der Agitation. Vom Vorsitzenden sowohl, als auch von anderen Rednern wird ausdrücklich betont, daß aus diesen Gründen heraus der letzte Verbandstag sich einhellig auf den Standpunkt gestellt hat, indem eine Erhöhung der Beiträge nicht vorgenommen wurde. Bis zum nächsten Verbandstag sei an eine Aenderung hierin nicht zu denken.

Der Referent geht in seinem Schlußwort auf diese Bedenken ein und betont ebenfalls, daß vor Stattfinden des nächsten Verbandstages eine Erhöhung nicht vorgenommen werden darf, um alle Bedenken zu zerstreuen und auch den vereinzelt Skeptikern zu dokumentieren, daß die Zusammenlegung lediglich aus prinzipiellen Gründen geschehen und die Rechte in keiner Hinsicht eine Schwächung erfahren sollen, empfiehlt er folgende Resolution:

Die am 18. August tagende ordentliche Generalversammlung der Verwaltung I erklärt sich prinzipiell mit der Zusammenlegung der vier Berliner Verwaltungen einverstanden unter der Voraussetzung, daß der zukünftigen Sektionsleitung der Hausdiener die Selbstständigkeit in der Agitation gewährleistet werde und daß eine Erhöhung der Beiträge, sofern dieselbe nicht durch Verbandsstagsbeschlüsse erfolgt, nicht über die Köpfe der Kollegen der jetzigen Verwaltung, Berlin I, erfolgen darf.“

Diese Resolution wurde mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Unter Verschiedenes wurde von mehreren Kollegen der Wunsch geäußert, daß seitens des Vorstandes neue Plakate mit den neuen Unterstützungsarten ausgeben werden mögen, man verspricht sich dadurch eine nicht unwesentliche Erleichterung in der agitatorischen Kleinarbeit.

Vom Vorsitzenden wird mitgeteilt, daß von aller Angefallen des Verbandes und auch seitens derselben in anderen von der Organisation geschaffenen Instituten beschäftigten Kollegen dem Beschluß des Nürnberger Parteitagess gemäß ein Tagesverdienst abgeführt worden ist; außer von 2, die es nicht für notwendig hielten, und einer Gruppe Kollegen, die sich über diese Frage wohl nicht ganz klar gewesen sind. Die Mitteilung erweckte eine lebhaft Diskussion, in welcher jedoch eine bestimmte Meinungsäußerung nicht gezeitigt wurde.

Berlin II. Die Verwaltung II hielt am 15. Juli eine gut besuchte außerordentliche Versammlung ab. Kollege Meuer erstattete den Bericht vom Verbandstag zu München. Redner hebt einleitend hervor, daß nicht alle Hoffnungen und Erwartungen, welche auf Kongresse und Verbandstage gesetzt werden, in Erfüllung gehen, genau so verhält es sich auch diesmal.

Der Referent gibt sodann einen kurzen Ueberblick über die Einleitung und Zusammenlegung des Verbandstages. Die Referate, welche von Stelling und Bander gehalten wurden, lieferten gutes Material und Anhaltspunkte für die Zukunft.

Die Berichterstattung durch Schumann war äußerst eingehend und wurde von allem Wesentlichen, was sich im Laufe der letzten 2 Jahre abgespielt hat, berichtet. Ganz besonders wurde auf die Entwicklung der Organisation in der Zeit der wirtschaftlichen Krise hingewiesen. Als sehr erfreulich sei zu bezeichnen, daß der Mitgliederbestand der Organisation nicht allein gewahrt, sondern auch stabiler und gesteigert geworden sei. Ganz besonders ist die Zahl der weiblichen Mitglieder gestiegen. Als unangenehm ist empfunden worden, daß die Redzeit eine allzugroße Beschränkung erfahren habe, so daß es den Delegierten nicht immer möglich war, ihre volle Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Eine Beschwerde gegen den Redakteur des „Courier“, daß die Versammlungsberichte oft zu unrecht gekürzt worden sind, fand seine Aufklärung.

Längere Zeit nahmen ferner die Auseinandersetzungen mit dem Seemannsverbande und mit dem Hasenarbeiterverbände in Anspruch. Es ist anzunehmen, daß die bestehenden Differenzen beseitigt und daher den Verhandlungen zwecks Zusammenschluß zu einer Einheitsorganisation zu Wasser und zu Lande, nichts mehr im Wege steht.

In dieser Sache gelangte eine Resolution zur Annahme, welche das Verhalten unseres Verbandes billigte.

Anträge lagen aus allen Orten Deutschlands eine stattliche Reihe vor. Von den Berliner Anträgen sind angenommen: Ein Antrag der Geschäftsführer, Einrichtung von Fahr- und Fachschulen betreffend. Außerdem die Anträge der Kohlenarbeiter und Bierfahrer auf Einberufung von Berufskonferenzen.

Der vom Hauptvorstand gestellte Antrag auf Einführung von Erwerbslosenunterstützung fand mit einer wesentlichen Aenderung Annahme.

Ein Antrag der Berliner Angestellten, der sogenannten „D“-Gruppe, wurde abgelehnt.

Die Urlaubszeit und der Ortszuschuß für die Hilfsarbeiter wird genau nach den Sätzen der Angestellten geregelt.

Für die Entwicklung der Jugendsektion soll in Zukunft mehr getan werden. Die Delegierten zum Internationalen, sowie zum Transportarbeiter-Kongress wurden auch diesmal, wie üblich, auf dem Verbandstag gewählt. Ein Antrag Berlin, welcher in betreff der Wahlen eine Aenderung herbeiführen wollte, wurde abgelehnt.

Abgelehnt wurden ferner folgende Anträge der Berliner Mitgliedschaft: 1. Den Satz im Statut zu streichen, daß die Obleute vom Ausschuss und der Revisionskommission, nicht vom Verbandstag, sondern unter sich zu wählen sind.

2. Der Satz, welcher eine bestimmte Zahl von Delegierten von einem Orte vorseht.

Die nach dem Bericht eingehende Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft und beteiligten sich an derselben unter anderen folgende Kollegen: Max Franke, Waclawiat, Lohse, Schmidt, Uthoff, Sprenger, Schulz, Kämpnick, Fromke, Krönke, Schulz und Steinicke.

Die Ansichten, welche von den Diskussionsrednern vertreten wurden, waren geteilt.

Als anerkanntes Wert wurde von fast allen Rednern die Einführung der Erwerbslosenunterstützung gehalten.

Ein Teil der Diskussionsredner verging sich in recht kleinliche Sachen, die das Thema der Verbandsberichterstattung keineswegs betrafen, sondern auf ein ganz anderes Gebiet gerieten.

Da zur Diskussion noch eine Reihe von Rednern eingezeichnet, die Zeit aber schon sehr vorgeschritten war, wurde die Versammlung, welche einen etwas stürmischen Charakter angenommen hatte, auf Antrag vom Kollegen Lenzner vertagt.

Die Fortsetzung der Versammlung fand am 29. Juli statt.

Vor Eintritt in der Fortsetzung der Diskussion über die Berichterstattung vom Verbandsstag ermahnte der Bevollmächtigte die Anwesenden nochmals in dringlichen Worten, in recht ruhiger und sachlicher Weise zu diskutieren. Er verurteilt es aufs eifrigste, daß in der vorausgegangenen Versammlung ein Teil der Erschienenen lärmigen veranfaltete. Hierdurch werde das Ansehen der Organisation nach außen hin nur geschädigt.

Zur Geschäftsordnung stellt der Kollege Kölling den Antrag, erst die Wahlen zum Verbandsvorstand vorzunehmen und dann in der Diskussion über den Verbandsbericht fortzufahren.

Dieser Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Als Kandidaten für die Vorsteher zum Verbandsstagsvorstand werden die Kollegen Seelig, Nordmann, Anton Schulz, Lubowitzki und Boddin vorgeschlagen.

Bei der sich hierüber entflammenden Diskussion beschuldigten einzelne Redner der Speditionsbranche den bisherigen Vorsteher Kollegen Seelig, indem er angeblich seine Schuldigkeit nicht getan habe und empfahlen an Stelle des Kollegen Seelig den Kollegen Anton Schulz zu wählen.

Kollege Seelig weist diesen Vorwurf energisch zurück und ist der Meinung, daß hierbei nur persönliche Geheißigkeiten eine große Rolle spielen. Einer der Hauptinfraktanten, welcher sich momentan nicht in Berlin befindet, ist mit Schulz daran. Über gerade dieser Kollege läßt in betreff Zuverlässigkeit und anderem mehr sehr viel zu wünschen übrig. Nachdem der Kollege Schulz eine eventuelle Wahl seiner Person ablehnte, wurde zur Wahl geschritten. Das Ergebnis derselben war folgendes: Seelig 159 Stimmen, Nordmann 105 Stimmen, Boddin 165 Stimmen, Lubowitzki 36 Stimmen. Wählbar sind gewählt die Kollegen Seelig und Boddin.

Als Revisoren werden die Kollegen Blud und Fliß einstimmig wiedergewählt.

Hierauf wird in der Diskussion über den Verbandsstagsbericht fortgefahren.

Die Diskussion war von Anfang an sehr lebhaft und erklärten sich die Mehrzahl der Redner mit dem Verhalten der Berliner Delegierten einverstanden.

Mit der Wiederwahl des zweiten Vorsitzenden ist ein Teil der Anwesenden nicht einverstanden.

Wackelwut beleuchtet eingehend die Vorgänge in der letzten Generalversammlung. Redner bedauert, daß noch kein Protokoll von der Verbandsgeneralversammlung erschienen ist. Von den paar Zeilen, welche im Vorwärts und Courier standen, könne man sich nicht informieren. Redner kritisiert noch verschiedene Anträge, welche vom Verbandsstags abgelehnt worden sind.

Der Antrag der „D“-Gruppe war gar nicht für den Verbandsstags, sondern für den Vorstand bestimmt. Außerdem ist der Antrag den Delegierten in entstellender Art und Weise vorgelegt worden, indem man nur einen harmlosen Schluppsatz herauszückte und zum besten gab, um dadurch die Sache ins Lächerliche zu ziehen.

Von den Vertretern der Jugendsektion wird allgemein getadelt, daß der Verbandsstags so herzlich wenig für die Jugend übrig hatte. So könne es nicht weiter gehen. Es müsse ein anderes Geschlecht heranzüchten, welches sich mehr Einfluß in einer Verbandsgeneralversammlung zu verschaffen weiß.

Die Mehrzahl der Redner ist mit dem Verhalten eines großen Teiles der auswärtigen Delegierten auf dem Verbandsstags nicht einverstanden.

Es fehlte den meisten die nötige Energie. Hierdurch beherrscht der Vorstand die Situation.

Kollege Lenz ist mit dem Genossenschaftstaxi nicht einverstanden.

Kollege Uthoff macht noch einige Nichtigstellungen und weist den Vorwurf einzelner Redner zurück, welche glauben, daß auf dem Verbandsstags Sachen verhandelt wurden, welche niemand wissen darf. Redner berichtet, was in den in Frage kommenden Sitzungen verhandelt wurde.

Nachdem noch einige Redner zu dieser Sache gesprochen, wird ein Antrag auf Vertagung der Diskussion gestellt.

Dieser Antrag wird jedoch mit großer Majorität abgelehnt.

Ein Antrag des Kollegen Schnapp auf Schluß der Debatte wird jedoch angenommen.

Da der vorgedruckten Tageszeit wegen ein großer Teil der Kollegen den Saal verläßt und außerdem ein Teil der Kollegen, wie leider in der letzten Zeit üblich, wieder lärmigen veranfaltete, erklärt der Bevollmächtigte die Versammlung für geschlossen.

Besitz. Am Sonntag, den 8. August, abends 7 Uhr, fand eine Versammlung der Sektion Geschäftsführer, Lagerarbeiter und Arbeiterinnen statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die neuen Steuerlasten und die Lage der arbeitenden Bevölkerung; 2. Diskussion; 3. Berufsangelegenheiten. Das Referat hielt Genosse Udo. In demselben streifte Redner hauptsächlich die neuen Verbrauchssteuern, zeigte durch mehrere Beispiele, in welcher Weise jetzt das Ausbeutungssystem einschneidend in die Haushaltungen der armen Bevölkerung eingreife und forderte die Anwesenden auf, bei nächster Gelegenheit der jehigen Mehrheit des Parlaments die gebührende Antwort darauf zu geben. Die recht gut besuchte Versammlung, in der

auch erfreulicherweise die Frauen der Kollegen zahlreich vertreten waren, lohnte die treffenden Ausführungen des Referenten durch rege Aufmerksamkeit und starken Beifall. Von einer Diskussion wurde auf Anregung eines Kollegen Abstand genommen, um die zündenden Ausführungen des Genossen Udo nicht abzuschwächen.

Dann gab der Schriftführer der Sektion einen kurzen Bericht über die Fortschritte der Organisation in den einzelnen Betrieben, aus dem zu ersehen war, daß auch unsere Kollegen der modernen Arbeiterbewegung mehr Interesse entgegenbringen als bisher. Redner kam auf die Vorgänge in Schweden zu sprechen und ermahnte die Kollegen, den jehigen Fortschritt in der Sektion als Ansporn zu betrachten, immer weiter auf dem beschrittenen Wege fortzufahren und unermüdetlich den Gedanken der Organisation in die Reihen der Kollegen und Kolleginnen zu tragen. Andauernder, weicher Beifall wurde den Ausführungen des Kollegen zuteil. Nachdem noch verschiedene Berufsangelegenheiten erörtert und der Sektionsleiter interessierende Mitteilungen gemacht hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Bielefeld. Am 8. August fand unsere Quartalsversammlung statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 2. Quartal, welcher sich folgendermaßen gestaltete: Kassenbestand vom 1. Quartal 391,90 Mk., eine Einnahme wurde von 777,85 Mk. erzielt, demgegenüber stand eine Ausgabe von 815,21 Mk., so daß am Schluß des 2. Quartals ein Kassenbestand von 376,54 Mk. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Die Zahl der Mitglieder betrug am Ende des 2. Quartals 157 männliche und 22 weibliche. Den Geschäftsbericht, welchen der Vorsitzende gab, erwies eine rege Korrespondenz und Tätigkeit der Verwaltung, welche noch unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Krise in der Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl einen recht schweren Standpunkt hatte. Hoffentlich wird diese Tätigkeit von den Kollegen anerkannt, was veranlassen muß, daß fernerhin jedes Mitglied in der Agitation seine Schuldigkeit tut und neue Mitglieder wirbt. Im weiteren hielt der Genosse Wacker einen Vortrag über Alkoholgenuss. An der Hand verschiedener Beispiele, was für Folgen und Elend in den Arbeiterfamilien der Genuss des Alkohols schon herbeigeführt hat, schilderte Redner die falsche Auffassung seitens der Arbeiter, daß der Genuss des Alkohols seine Willenskraft stärke. So mancher Feigling glaubt, bei irgend einem Vorhaben sich erst Mut trinken zu müssen; in Wirklichkeit vertritt er aber dabei den klaren Verstand und ist zu einer vernünftigen Handlung erst recht unfähig. Auch leidet die Gesundheit des Körpers ganz enorm darunter. Der Vortrag wurde von den Anwesenden beifällig aufgenommen. Leider fehlten in der Versammlung ein Teil derjenigen Kollegen, denen diese Belehrung, welche wir im vollen Umfange nicht wiedergeben können, sehr Not getan hätte.

Dies kam auch in der darauffolgenden Diskussion zum Ausdruck, welche sich im Sinne des Referenten bewegte. Auch wurde hervorgehoben, daß die Verhältnisse der Kollegen am Orte noch tief traurige sind und bringen der Verbesserung bedürfen. Dies könne aber nur geschehen, wenn sich die Kollegen, ebenso fest wie die Arbeitgeber am Orte, in der Organisation zusammenschließen, in die Versammlungen kommen und sich da über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszusprechen, um sich gegenseitig klar zu werden, was zu tun ist. Kollegen, welche die Versammlungen schwänzen, kümmern sich auch nicht um ihre wirtschaftliche Lage und sind als Kämpfer unzuverlässig. Auch die Kohlen-, Speditions- und Konsumvereinsarbeiter sollten es für ihre heiligste Pflicht halten, sich an den Versammlungen und der Agitation zu beteiligen. Nachdem noch der Kartellbericht entgegengenommen und der Kollege Mühr als Kandidat zum Gewerkschaftsleiter gewählt, welcher dem Gewerkschaftskartell in Vorschlag gebracht wird, erfolgte, nach einer aufmunternden Ansprache des Vorsitzenden, Schluß der imposanten Versammlung.

Brandenburg a. S. Am 7. August fand eine Generalversammlung statt, in welcher zuerst der Kassierer den Kassenbericht vom 2. Quartal erstattete. Derselbe ergab an Bestand vom 1. Quartal 980,63 Mk., Einnahme 1131,76 Mk., macht zusammen 2092,38 Mk. Demgegenüber war eine Ausgabe von 1044,10 Mk. und ein Kassenbestand am Ende des 2. Quartals von 1048,28 Mk., zusammen 2092,38 Mk. Die Hauptkasse erhielt in bar und an Leistungen 730,70 Mk. Der Mitgliederbestand hatte sich im letzten Quartal von 198 auf 213 erhöht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Die Frage betreffs Errichtung eines Arbeitsnachweises wurde lebhaft erörtert, aber aus verschiedenen Gründen noch abgelehnt. Hierauf wurde eine Agitationskommission gewählt, von deren Arbeiten sich die Versammlung sehr viel verspricht. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder zur regen Mitarbeit und Agitation aufgefordert, trat Schluß der Versammlung ein.

In einer öffentlichen Versammlung, welche am 18. 8. stattfand, sprach der Gauleiter über das Thema: „Wie können wir unsere wirtschaftliche Existenz verbessern?“ In leicht verständlicher Weise verstand es der Redner, den Anwesenden vor Augen zu führen, wie die Arbeiter auf der einen Seite vom Kapitalismus und auf der anderen Seite vom Staate durch indirekte Steuern ausgebeutet werden. Wie die wohlhabenden Klassen, welche zum größten Teil das Volk in den Parlamenten vertreten, es verstehen, alle sie treffenden Steuern, wie Erbschaftsteuer z. von sich abzumäßen. Durch die neue eingetretene Lebensmittelerhöhung wird es auch unseren Berufscollegen immer schwerer, mit einem Wochenlohn von ca. 18 bis 19 Mk. auszukommen. Vor allem müssen die unserer Organisation fernstehenden Kollegen erkennen lernen, daß ohne einen Zusammenschluß aller Kollegen eine Verbesserung ihrer Lebenslage nicht zu erwarten ist. Deshalb ist es un-

bedingt notwendig, daß sich alle Kollegen dem Deutschen Transportarbeiter-Verband anschließen, dessen Versammlungen besuchen und an den Verbandsarbeiten sich beteiligen. Auch die in Genossenschafts- und Parteidruckereien beschäftigten Kollegen müßten sich der gewerkschaftlichen Organisation anschließen, um diese zu fördern.

Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Hierauf trat Schluß der Versammlung ein.

Bremerhaven. Am 15. August fand eine Mitgliederversammlung statt, in welcher ein Kollege aus Bremen über: „Die wirtschaftlichen Krisen und ihre Ursachen“ referierte. Einleitend wies der Redner auf die neuesten, von der Mehrheit des Reichstages bewilligte Lebensmittelerhöhung hin. Drastisch führte er den Anwesenden vor Augen, wie die indirekten Steuern auf den Konsum der Waren wirken, worunter der Arbeiter ja am meisten zu leiden hat. Noch stehen wir in der Zeit einer schweren Krise, in welcher den Arbeitern gewöhnlich der Verdienst zum Teil geschmälert, zum Teil ganz entzogen wird, wodurch viele Familien an Unterernährung und Hunger leiden. Im weiteren verstand es der Redner, den Anwesenden die Ursachen und Wirkungen der Krisen vor Augen zu führen. Alle Umstände müßten die Arbeiter selbst dazu führen, sich in ihren Berufsorganisationen zusammenzuschließen. Nur in einer großen und starken Organisation sind die Arbeiter imstande, ihre Verhältnisse zu verbessern und höhere Löhne zu fordern, womit sie sich wieder einen Teil der Steuerlasten von ihren Schultern abwälzen können. In der darauf folgenden Diskussion, welche sich im Sinne des Referats bewegte, wurde der Wunsch geäußert, derartige Vorträge öfter halten zu lassen. Nur sei es dann notwendig, daß auch alle Kollegen in der Versammlung anwesend seien. Denn nur dort können die Meinungen ausgetauscht und geklärt werden.

Samburg III. Verein der Hausdiener, Konditorien und Bader. Entsprechend einem Beschlusse unserer Juli-Generalversammlung fand die ordentliche Mitgliederversammlung für den Monat August im Gewerkschaftshaus statt, und stand vornehmlich der Bericht der Delegierten vom Münchener Verbandsstags auf der Tagesordnung. Zunächst sei aus dem vom Schriftführer verlesenen Protokoll der erwähnten letzten Generalversammlung der Geschäfts- und Kassenbericht pro 2. Quartal d. J. wiedergegeben, was an dieser Stelle noch nicht geschehen. Eine Einnahme von 5347,15 Mk. steht eine Ausgabe von 4586,18 Mk. gegenüber und wird durch den Ueberschuß von 760,97 Mk. unser Gesamtassenbestand auf die Höhe von 30 050,83 Mk. gebracht. Unter den Ausgaben befinden sich 2026,40 Mk. an Kranken- usw. Unterstützungen, wie zum ersten Male Abführungen an die Hauptkasse und zwar 579,15 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hier anschließend wurde den Revisoren für ihre wertvollsten Revisionsleistungen pro Mann 1,50 Mk. Entschädigung zugewilligt, womit Unklarheiten in dieser Hinsicht aus dem Wege geräumt sind. Dem Bericht vom Arbeitsnachweis ist zu entnehmen, daß von 278 gemeldeten Stellen 178 besetzt wurden zu Löhnen von 15 bis 30 Mk. pro Woche. Es meldeten sich arbeitslos 276 Kollegen und waren am Quartalschluß noch 37 vorhanden. Eine nicht unbedeutende Rolle für unseren Arbeitsnachweis spielt die Ausschiffsarbeit, die hier vernichtet wird. So wurde in der Berichtszeit (2. Quartal) von den beteiligten Arbeitslosen (d. h. ohne feste Stellung befindlichen Kollegen) für zusammen 198 1/2 Tage, 2 1/2 Wochen und 799 Stunden ein Gesamtverdienst erzielt von 2044,65 Mk. Wehnlich wie diesmal, nur in besseren Zeiten entsprechend höher, bewegt sich die bei uns vernichtete Ausschiffsarbeit seit Jahren und beweist sich also diese Einrichtung, die wir mit dem Arbeitslosen-Zimmer getroffen haben, wo die Kollegen bei guter Lektüre verweilen könnten, als äußerst zweckentsprechend und segensreich und findet bei allen Anerkennung. Es mag hier nicht unerwähnt bleiben, daß es nicht zum letzten auf die Pflichterfüllung unseres Verwalters zurückzuführen ist, wenn sich auch in dieser Hinsicht, also betreffs Ausschiffsarbeit, d. h. Engagements für kürzere oder längere, begrenzte Zeitdauer, ein großer Preis, auch ständig wiederkehrender, Arbeitgeber an unsern Verein gewöhnlich.

Zu dem heute zur Tagesordnung stehenden Punkt erhalten zunächst Dahrendorf, dann Michelsen das Wort zur Berichterstattung über den 6. Verbandsstags in München. Während ersterer sich im allgemeinen über den Verlauf desselben und die wesentlichen Beschlüsse bezüglich der Anträge auspricht, geht letzterer besonders auf die Frage der Einheitsorganisation ein, die dort zur Debatte stand. Nachdem er kurz die ganze Vorgeschichte der Einigungsfrage zwischen den drei Verbänden streift bis zur Aufhebung des Kartellvertrages seitens des Hafnarbeiterverbandes, kommt Redner zu dem Schluß, daß die Schuld an dem bisherigen Nichtzustandekommen einer Verschmelzung ein rechtlich denkender Mensch nicht bei unserm Verbands suchen könne, dessen Zentralvorstand im weitesten Maße sich entgegenkommend gezeigt habe. Augenscheinlich wolle man auf der anderen Seite nicht ernstlich das, wofür man in großtönenden Worten eintrete. Aber hoffentlich dringe auch bald in den beiden andern realität kleinsten Verbänden die Ansicht durch, daß ein Zusammenschluß aller Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande eine unbedingte tatsächliche Notwendigkeit sei und besonders in ihrem Interesse liege. Eine Diskussion über den Bericht wurde nicht befehrt. Darauf gibt Kollau einen Bericht von der letzten Kartellversammlung. Den Hauptbestandteil dieser bildete ein Vortrag des Genossen Leche über die neue Reichsversicherungsgesetzgebung. Referent hat die Schattenseiten dieser „Ordnung“ in Farben geschildert und geht hieraus zur Evidenz hervor, daß eine Besserstellung der Versicherten nicht zu erwarten sei, das ganze Machwerk bilde ein in reaktionärem Sinne aufgebautes Flied- und Stückwerk. Doch empfiehlt Redner, daß bei der Wichtigkeit der Materie sich eine halbtags ein-

zubehörende öffentliche Versammlung unseres Berufs mit derselben eingehender besaße. Des Weiteren erwähnt er den Hinweis des Genossen Sackelberg auf die Tarifbewegung der Tabakarbeiter und erwähnt eindringlich, nur in solchen Zigarrenläden Einkäufe zu machen, die mit einem bezüglichen Plakat ausgestattet seien, oder noch besser, Mitglied in der „Produktion“, dem ureigenen Institute der Arbeiterklasse, zu werden; dann sei man sicher, daß man keine arbeiterfeindlichen Unternehmungen unterstützen werde. Michaelson weist dann darauf hin, daß das Jahrbuch des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes pro 1908 erschienen sei. Es sei jedem Mitgliede die Anschaffung desselben zu empfehlen, um sich in die Geschichte und das Wesen des Verbandes, dessen Glied wir nun sind, zu vertiefen. In unserem Bureau ist selbiges zu haben.

Sodann erinnert noch Liebhör an die für nächstes Jahr bevorstehenden halbjährlichen Wahlen zur Bürgererschaft; jeder, der noch kein Bürger sei, aber es bis dahin werden könne, müsse dies unbedingt tun. Dazu rekapituliert Redner die täglich in unserer Parteipresse abgedruckten einschlägigen Bestimmungen, betreffend des Bürgerrechts in Hamburg. Hierauf Schluß.

Hamburg. Öffentliche Versammlung der Journal- und Lesezirkelboten am 18. August. Der Gauleiter referierte über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Lesezirkelbetrieben. Redner führt aus, die Lohnbewegung der Lesezirkelboten im Jahre 1905 war die erste Aktion, welche in diesem Berufe in Hamburg erfolgt ist. Die damalige Bewegung brachte für einige Betriebe Verbesserungen; die Kollegen haben es aber nicht verstanden, auf die Durchführung des Tarifs zu dringen und man kann behaupten, daß, was seinerzeit errungen wurde, durch die Laune der Kollegen wieder verloren ging. Redner geht in scharfen Worten, daß es noch immer Kollegen gebe, welche glauben, durch Treue dem Arbeitgeber gegenüber, Vorteile für sich herauszuschlagen zu können. Er weist ferner auf die schlechte Entlohnung hin, welche in keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung steht. Die Behandlung von Seiten der Arbeitgeber ist häufig nicht die beste. Redner führt einen traurigen Fall an. Herr Koll hat seinen Voten Schläge verabsolgt. Die Kollegen mühten doch nach Lage der Sache selbst zu der Einsicht gelangen, daß es unter derartigen Umständen nicht weiter gehen kann. Redner kommt zum Schluß und betont, daß es unter den jetzigen Lebensverhältnissen unmöglich ist, mit Löhnen, wie sie unter anderen Herr Dunge in Altona in Höhe von 9—15 Mk. zahlt, auszukommen und fordert die Kollegen, welche der Organisation noch fernstehen, auf, derselben beizutreten. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil.

In der Diskussion sprachen die Kollegen Schulz, Michs, Schreier, Bühr, Sarnow, Schweigel, Hagen, Kollau und Lohse, welche alle den Ausführungen des Referenten zustimmten und auch noch einige Ergänzungen machten.

Der Vorsitzende Kollege Cohn erklärte, daß die heutige Versammlung nur den Zweck haben sollte, festzustellen, wie sich die Kollegen zu der geplanten Lohnbewegung stellen; der zahlreiche Besuch der Versammlung sei sehr erfreulich und beweise auch, daß die Kollegen nicht gewillt sind, für die jetzigen Hungerlöhne weiter zu arbeiten. Er fordert nochmals die unorganisierten Kollegen in überzeugenden Worten auf, unseren Verbande beizutreten, denn nur unter Zusammenschluß aller Kräfte ist es uns möglich unsere Lage zu verbessern. Nachdem einige Kollegen ihren Beitritt erklärt hatten, trat Schluß der Versammlung ein.

Niequitz. Am 19. August fand eine Mitglieder-versammlung statt, in welcher der Vorsitzende zuerst der beiden verstorbenen Kollegen Kleindienst und Wagner gedachte. Hierauf referierte Genosse Lilgner über den in diesem Jahre in Berlin abgehaltenen Krankentassenkongress, welcher sich mit der Aenderung der Reichsversicherungsordnung befaßt hatte. In geeigneter Weise führte der Redner den Anwesenden die von der Regierung gedachte neue Arbeiterversicherung vor Augen, wobei mancher Kollege das lernte, was ihm bisher im Versicherungswesen unbekannt war. In der darauf folgenden Diskussion wies unter anderem der Kollege Niederstich auf die im Oktober stattfindenden Krankentassenwahlen hin. Nachdem gab der Kartelldelegierte den Kartellbericht. Der Saalbohrer wird weitergeführt. Weiter seien im Gewerkschaftshaus die Löhne des Haushälters und der weiblichen Angestellten aufgebessert. Die Angelegenheit zwischen dem Kollegen B. und unserem Kollegen S. seien noch nicht erledigt. Eine entsprechende Resolution an das Kartell wurde von der Versammlung angenommen. Nachdem der Vorsitzende noch ermahnte, die „Vollmacht“ zu abonnieren und an dem weiteren Ausbau der Organisation kräftig mitzuarbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Magdeburg. Am 31. Juli fand die ordentliche Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken acht verstorbenen Kollegen und drei verstorbenen Ehefrauen von Kollegen in der üblichen Weise gelebt. Den Geschäftsbericht vom 2. Quartal erstattete Bevollmächtigter Schwierste. Auch in der verfloffenen Geschäftsperiode machte sich die wirtschaftliche Krise noch bemerkbar, trotzdem gelang es, die Mitgliederzahl wiederum um 46 zu erhöhen. Sie stieg auf 2481 Mitglieder. Auch die Zahl der verkauften Beitragsmarken stieg auf 29 351. Pro Kopf der Mitglieder gleich 12 Beiträge. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder sank von 725 im 1. Quartal auf 182 im 2. Quartal herab. Immer noch eine sehr hohe Zahl, die bei Zeiten besseren Geschäftsgangs nicht zu verzeichnen war. Verschiedene Kollegen wurden ebenfalls für die Wahrnehmung der Interessen ihrer Kollegen von den Arbeitgebern auf Straßenpflaster geworfen. Was die geschäftliche Tätigkeit anbelangt, so standen den 370 schriftlichen Eingängen 8513 Ausgänge gegenüber. Außerdem wur-

den noch eine ganze Anzahl Schriftstücke für die Mitglieder angefertigt. Abgehalten wurden fünf öffentliche und 27 Bezirksversammlungen, außerdem fanden noch 83 Sitzungen und Besprechungen statt, die uns einen erheblichen Ueberschuß der großen Beteiligung wegen einbrachte. Ferner wurde an den Magistrat der Stadt Magdeburg eine Eingabe auf Einführung einer Fahr- und Fachschule eingereicht, die abschlägig beschieden wurde. Der Verwaltung wurde vom Magistrat der gute Rat erteilt, sich wegen Weiterbildung der hiesigen Kaufleute mit den Fahrherren in Verbindung zu setzen. Eine Anzahl von Lohnbewegungen für die Kollegen in den Fenster-Reinigungsinstituten, dem Mörtelwerk, dem Eblagerhaus, Akt.-Ges., Kohlenhandlungen, den Brennstoffhandlungen, den Eishandlungen und Fuhrgeschäften fanden statt. Insgesamt wurde im 2. Quartal für 259 Mitglieder eine Erhöhung des Wochenlohnes um 18 012,25 Mk. erzielt. Gewiß ein guter Erfolg, trotz der wirtschaftlich nicht günstigen Geschäftslage und der unzähligen kleinen Betriebe. 15 Mitglieder waren an Lohnbewegungen anderer Gewerkschaften beteiligt. Außerdem gelang es der Verwaltung in drei Betrieben die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festzulegen. Eine Eingabe um Lohnaufbesserung bei dem hiesigen Waren-Verein beschäftigten Mitglieder blieb bis heute von der Leitung des Waren-Vereins unbeantwortet. In der nächsten Zeit werden wir die tief traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in der „Vollstimme“ des näheren besprechen. Im großen und ganzen können wir mit den erzielten Erfolgen im 2. Quartal zufrieden sein. Wo sind die reichstreuen und gelben Vereine, die für ihre Mitglieder derartige Erfolge im Punkte Lohnaufbesserung für ihre Mitglieder nachweisen könnten? Greulichweise kehren auch immer mehr unserer Berufskollegen dem reichstreuen Verein wieder den Rücken. Den Kassensbericht erstattet der Kassierer Weidner. Auch die Verhältnisse haben sich gegen das 1. Quartal weit günstiger gestaltet. Einer Gesamteinnahme von 18 114,63 Mk. steht eine Ausgabe für die Hauptkasse von 9224,90 Mk. und eine Ausgabe für die Lokalkasse von 4956,96 Mk. gegenüber. An Arbeitslosenunterstützung wurden 1476,15 Mk., Krankenunterstützung 2197 10 Mk., Sterbeunterstützung 1315 Mk., Gemäßregelunterstützung 804,90 Mk., Streikunterstützung 235,05 Mk., Reiseunterstützung 50,50 Mk. und Extrainterstützung in besonderen Notfällen 165 Mk. ausgezahlt. Trotz des besseren Geschäftsjahres immer noch ganz erhebliche Summen. Der Verwaltung und dem Kassierer wird nach dem Bericht der Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Eine sehr lebhaft debattierte entspann sich über den dritten Punkt der Tagesordnung: Errichtung einer Zentralherberge. Die Vorlage der Herbergskommission wurde sodann mit großer Majorität in der vorliegenden Form abgelehnt. Ein Antrag, der sich im Prinzip mit der Errichtung einer Zentralherberge einverstanden erklärte, daß ferner eine Erhöhung der Kartellbeiträge vorschlag, um aus den sich hieraus ergebenden Ueberschüssen einen Fonds zur späteren Errichtung einer Zentralherberge anzulegen, wurde gleichfalls abgelehnt. Nach Erledigung einiger internen geschäftlichen Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung vom Vorsitzenden mit der Aufforderung, unermüdetlich für Aufklärung der uns noch fernstehenden Kollegen zu wirken geschlossen.

Merseburg. In einer Mitgliederversammlung, welche am 8. August stattfand, gab nach einigen geschäftlichen Erledigungen der Kartelldelegierte den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Dasselbe hat beschlossen, höhere Beiträge zu erheben, ferner soll in der nächsten Sitzung ein zweiter Vorsitzender gewählt werden. Hierauf gab der Gauleiter den Bericht vom 6. Verbandstage in München. Redner führte den Anwesenden die gepflogenen Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse in eingehender Weise vor Augen, was ihm mit Beifall gelohnt wurde. In der Diskussion wurde viel über die unaufhörlichen und leidigen Grenzreitigkeiten gelaugt. Hierauf war Schluß der Versammlung, welche von den Mitgliedern besser besucht sein konnte, sie hätten dort sicher viel gelernt.

Mek. Am Sonntag, den 22. August, tagte hier eine öffentliche Versammlung. Ein Kollege referierte über: „Die Wirkungen der Reichsfinanzreform auf die wirtschaftliche Lage der Transportarbeiter“. Redner schilderte deren traurige Lage und hob ganz besonders hervor, daß mancher von den Berufskollegen Schuld an dem jetzigen Besteuerungssystem sei, indem er durch Unkenntnis bei der Reichstagswahl seine Stimme unseren Gegnern gab. Es sei nun auch endlich an der Zeit, daß alle Kollegen sich der Organisation anschließen. Denn nur eine gut gewerkschaftlich geschulte Arbeiterklasse sei imstande, dem Kapital das zu entreißen, was ihr durch Steuern genommen wird. In Anbetracht des lehrreichen Referats hätte jeder Kollege in dieser Versammlung sein müssen; auch für die Frauen wäre es angebracht gewesen. Referent führte den Kollegen recht klar vor Augen, daß gerade die Kollegen hier in Lothringen es am allerunvermeidlichsten haben, sich zu organisieren, um auch hier ihre traurige Lage zu bessern. Zum Schluß besprach der Kollege noch die örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse und forderte die Anwesenden auf, der Organisation beizutreten.

Nürnberg-Fürth. Am 8. August fand eine allgemeine Versammlung für alle im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Kollegen und Kolleginnen statt. Der Gauleiter sprach über: „Die Tätigkeit des bayerischen Arbeitgeberverbandes für das Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe.“ Redner führte aus, daß es zunächst Pflicht der Organisation sei, den Mitgliedern über alle Unternehmer-Praktiken Bericht zu geben. Noch vielfach wissen unsere Kollegen gar nicht, wie sich die Vereinigung seit ihrem Bestehen

entwickelt hat, und das kommt hauptsächlich daher, weil sich eben unsere Kollegen noch viel zu wenig um ihre eigensten Interessen kümmern. Gerade die Mühseligkeit und den Aktionssiech, den jene Herren an den Tag legen, sollten sich unsere Mitglieder zum Vorbild nehmen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, daß ihnen der Strick, der ihnen bereits um den Hals gelegt ist, vollends zusammengezogen wird.

Das ganze Bestreben dieser Herren geht nämlich darauf hinaus, die Arbeiter wieder vollständig in ihre Gewalt zu bekommen. Das beweist schon die Art, wie diese Herrschaften ihre Arbeit betreiben. Schon auf ihrer zweiten Generalversammlung wurde verlangt, die Statuten zu ändern und eine Verschmelzung sämtlicher Arbeitgeberverbände in diesem Berufe zu Wasser und zu Lande in die Wege zu leiten. Welche Ausschichten den Kollegen dann bevorstehen, geht schon daraus hervor, daß der gewaltige Herr Ballin, Oberstscharfsmacher der Schiffsreederei, an deren Spitze steht, Redner läßt dann ein streng vertrauliches Rundschreiben des bayerischen Arbeitgeberverbandes im H. F. und B. G. Stelle für Stelle Revue passieren und klärt die Anwesenden über den Inhalt desselben auf. Was hier an Lügen, Entstellungen und hauptsächlich an Gusefelmachen geleistet wird, ist schon ein starkes Stück. Aber auch das Statut dieses Verbandes soll unseren Kollegen nicht vorenthalten bleiben; die Kollegen werden es an anderer Stelle des „Courier“ finden. Wie rücksichtslos diese Unternehmerverbände überall dort vorgehen, wo sie glauben, eine Macht zu bilden, beweist uns am deutlichsten der Süddeutsche Arbeitgeberverband für das Transportgewerbe. Es kann also unter solchen Umständen für unsere Berufskollegen nur eine Lösung geben: Hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband. Reicher Beifall beehrte den Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 8. August im „Ruffischen Hof“ versammelten Handels- und Transportarbeiter von Nürnberg-Fürth nehmen Kenntnis von dem Vorhaben des bayerischen Arbeitgeberverbandes für das Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe gegen die in diesem Berufe tätigen Arbeiter.

Sie versprechen, durch intensive Einzelagitator unter allen Berufskollegen und Kolleginnen stets für die Stärkung und Ausbreitung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes einzutreten, um durch geschlossenes Vorgehen dem bayerischen Arbeitgeberverband jede Möglichkeit nehmen zu können, die Organisation der Arbeiter zu unterdrücken oder auszuhalten, sowie die geplanten Verschlechterungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis gegenstandslos zu machen.“

Oberschönweide. In der am 7. August stattgefundenen Versammlung referierte ein Kollege aus Berlin über die wichtigsten Beschlüsse der 6. Verbandsgeneralversammlung in München. Von einer Diskussion über den Bericht wurde Abstand genommen; Kollege Bode als Bezirksleiter gab dann die Abrechnung über das Sommerfest. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß, wenn für die Folge nicht für einen stärkeren Billetertrieb seitens der Mitglieder gesorgt wird, die Veranfallung von Vergütungen für später in Frage stehen, dann fand Schluß der Versammlung statt.

Wetten. Am 7. August er. fand eine Mitglieder-versammlung statt, welche vom Gauleiter geleitet wurde. Außer der Regelung des Arrangements zum Sitzungsfest, wozu ein Komitee gewählt wurde, mußte die Wahl eines Vorsitzenden vorgenommen werden. Aus Familienrücksichten mußte der Kollege Lanm seinen Posten niederlegen, an seiner Stelle wurde der Kollege Paul Seeger als Vorsitzender, der Kollege Klemann als Beisitzer gewählt. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt und einige Kollegen als Mitglieder aufgenommen, wurde nach einer feurigen Ansprache des Gauleiters die Versammlung geschlossen.

Mitteilungen des Vorstandes.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 26. August 1909 in Elmshorn. Bev. Joh. Fahn, Sandberg 83.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher der Kollegen A. Bena da, Opt.-Nr. 428 774, eingetr. 28. 10. 07, Berlin. Wilh. Decker, Opt.-Nr. 288 705, eingetr. in Gagen i. W. Carl Laggies, Opt.-Nr. 814 898, eingetr. 22. 3. 08, Tiffit. Heinr. Weiterer, Opt.-Nr. 176 840, eingetr. 22. 9. 04, Hannover.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten zu senden.

Das Mitglied Karl Kern, Fensterputzer, Haupt-Nr. 1 5 697, eingetr. 9. 9. 06 in Hannover, ist unter Witznahme von Verbandsgeldern von dort spurlos verschwunden. Wir ersuchen die Verbandsfunktionäre, falls dessen Adresse bekannt wird, dieselbe sofort dem Unterzeichneten zu übermitteln. Auch ist dem v. Kern das Mitgliedsbuch abzunehmen und an uns zu senden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Bekanntmachung.

Den Bewerbern um den in Nr. 29 des „Courier“ vom 18. Juli d. Js. ausgeschriebenen Posten zur Entlastung des Hauptkassierers zur Kenntnis, daß diese Stelle besetzt ist.

Der Vorstand.

Verantwortl. Redakteur: Emil Riedel, Lichtenberg. Verlag der Buchbldg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmid, Berlin, Adalbertstr. 37.